



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen



# Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

## Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1920

09.07.1920 - Sitzung Nr.3

---

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Bremen, Juli 1920.

N<sup>o</sup> 3.**Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft.**

Sitzung vom 9. Juli 1920.

Entschuldigt fehlten:

Deplen, Johann	Klemann, Wilhelm
Dohler, Johann	Meinert, Adolf
Francke, Fritz	Schurig, Gottfried
Hentke, Alfred	Bögeding, Karl
Kellner, Ernst	

Unentschuldigt fehlten:

Schönfeld, Kurt	Uhlhorn, Gustav
-----------------	-----------------

**Gegenstände der Tagesordnung:**

	Verhandelt	Seite		Verhandelt	Seite
I. Wahl des Senats		53	VIII. Mitteilung des Senats vom 17. Mai 1920:		
II. Wahlen:			6. Vermehrung der Beamten der Staatsanwaltschaft		66
a) Verfassungsdeputation (14 Mitglieder)		63	8. Trinkersfürsorge		66
b) Budgetkommission (9 Mitglieder)		63	9. Kindergärtnerinnenseminar und Einrichtung von Kindergärten		66
c) Baukommission (7 Mitglieder)		63	IX. Mitteilung des Senats v. 28. April u. 30. Mai 1920:		
d) Geschäftsordnungskommission (9 Mitglieder)		63	Ankauf des Nislerschen Grundstücks in Lateness seitens des Bremischen Staates		66
e) Kommission wegen der Beamtengehalte etc. (9 Mitglieder)		63	X. Mitteilung des Senats vom 21. Juni 1920:		
III. Mitteilung des Senats vom 18. Mai 1920:			1. Einführung der Einheitschule		66
15. Einrichtung einer Körnersteinfabrik		65	2. Beurkundung von Verträgen öffentlicher Behörden über Bestellung von Erbbaurechten an staatlichen Grundstücken		67
IV. Mitteilung des Senats vom 26. Mai 1920:			XI. Mitteilung des Senats vom 20. Juni 1920:		
Gründung einer Bremer Moorgeellschaft Aktiengesellschaft		65	5. Nachbewilligung auf das Spezialbudget Nr. 119 „Handelskammer“ für 1919		67
V. Mitteilung des Senats vom 19. Mai 1920:			6. Antrag, betreffend Beihilfen für die Eltern geisteschwacher, anstaltsbedürftiger Kinder		68
Antrag, betreffend Vergabe von Staatsländereien für ländliche Siedlungen		65	7. Verkauf des Grundstücks Geeren Nr. 2		68
VI. Mitteilung des Senats vom 18. Mai 1920:			8. Ankauf des Grundstücks Greifswalderstraße, Kataster-Bezeichnung Vorstadt R 29 Nr. 156		68
17. Bebauungsplan für die Pagentorner- und Schwachhauser Vorstadt		65	9. Jahresbericht des Tonnen- und Balenamts		68
18. Staffelbau- und Gewerbeplan für das Stadtgebiet		65	10. Jahresbericht des Hygienischen Instituts für 1919		68
VII. Mitteilung des Senats vom 28. Mai 1920:			11. Jahresbericht der Deputation für die Stadtbibliothek		68
4. Bebauungsplan für Teile der Altbremer Vorstadt und der Vorstadt Walle		65			
5. Abänderung des Gesetzes, betreffend das Pfandleihgewerbe		65			

	Verhandelt Seite		Verhandelt Seite
XII. Mitteilung des Senats vom 23. Juni 1920:		3. Fortbildungsschule an der Weserbahn . . .	69
2. Umpflasterung von Straßen zur Behebung der Arbeitslosigkeit . . . . .	68	4. Gewährung einer Teuerungszulage an den früheren Waisenhausverwalter Albert Brandt in Bremerhaven . . . . .	69
3. Kriegsgefangenenheimkehr und Rotes Kreuz . . . . .	68	5. Antrag, betreffend die Errichtung eines Postfachamts in Bremen . . . . .	69
4. Jahresberichte der Deputation zur Verwaltung der öffentlichen Grundstücke für die Rechnungsjahre 1917 und 1918 . . . . .	68	XVI. Mitteilung des Senats vom 28. Juni 1920:	
XIII. Mitteilung des Senats vom 26. Juni 1920:		2. Grunderwerbssteuer . . . . .	70
2. Uebertragbarkeit von Posten des Haushaltsplanes der Zollverwaltung für das 1. Halbjahr des Rechnungsjahres 1919, laufende Nr. 77 der Sonderhaushaltspläne für das Rechnungsjahr 1919 . . . . .	69	3. Errichtung einer Baracke für geschlechtskranke Frauen auf dem Gelände der Krankenanstalt . . . . .	70
2. Stützschuhanlage für das Fockemuseum . . . . .	69	4. Jahresberichte der Krankenanstalt und des Sanit Jürgens-Nyls für 1918 . . . . .	70
3. Umarbeiten im Verwaltungsgebäude am Hafen I . . . . .	69	XVII. Antrag, betreffend Neuwahl der Kommission zur Untersuchung der Verhältnisse bei der Polizei. (9 Mitglieder.) . . . . .	70
4. Nachbewilligungen auf den Haushaltsplan der Deputation für Häfen und Eisenbahnen für das Rechnungsjahr 1919 . . . . .	69	XVIII. Antrag wegen Ausführungsgenehmigung und Aufhebung der Ausführabgabe . . . . .	76
5. Polizeigebührengesetz . . . . .	69	XIX. Antrag, betreffend Eingabe der Landschullehrer . . . . .	63
XIV. Mitteilung des Senats vom 29. Juni 1920:		XX. Antrag, betreffend Lebensmittel . . . . .	80
Instandsetzungskosten für die Parkwache Partallee 160 . . . . .	69	XXI. Mitteilung des Senats vom 4. Juni 1920:	
XV. Mitteilung des Senats vom 30. Juni 1920:		2. Gesetz über Beamtenauschüsse (N. z. B. g.) . . . . .	
1. Nachbewilligung auf das Spezialbudget Nr. 97, Straßenbau . . . . .	69	XXII. Mitteilung des Senats vom 31. März 1920:	
2. Neue Straßenlinie für den Dobben von der Rembertistraße bis Dobbenweg und für den Dobbenweg . . . . .	69	3. Elektrische Beleuchtung auf Bahnhof Bremen-Neustadt. (N. z. B. g.) . . . . .	
		XXIII. Bericht der Kommission (Nr. 17) wegen Errichtung eines Arbeitsamts . . . . .	
		Dazu Mitteilung des Senats vom 28. Mai 1920, 7. (N. z. B. g.) . . . . .	

Außerdem wurde über folgenden, nicht auf der Tagesordnung stehenden Gegenstand verhandelt:  
Antrag, betreffend die Aufhebung des Eintrittsgeldes für die Freibadeanstalten . . . . . 80

Präsident R. Dunkel.

Eröffnung der Sitzung 4 Uhr.

Präsident: Gegen das Protokoll der letzten Sitzung sind Einwendungen nicht erhoben.

Der Präsident des Senats teilt mit, daß er für die Verhandlungen, betreffend Bebauungsplan für Teile der Utbremer Vorstadt und der Vorstadt Walle, Herrn Senator Schurig als Senatskommissar bestellt und ihm Herrn Staatsbaurat Bahnsen beigeordnet hat. Im Falle der Abwesenheit des Herrn Senators Schurig wird ihn Herr Senator Schlüter vertreten; das ist heute der Fall. Ebenso ist für den Bebauungsplan für die Pagentorner und Schwachhauser Vorstadt sowie für den Staffelnbau- und Gewerbeplan für das Stadtgebiet Herr Senator Schurig als Senatskommissar bestellt und Herr Staatsbaurat Bahnsen ihm beigeordnet; Stellvertreter ist auch in diesem Falle Herr Senator Schlüter.

Eingegangen ist eine Mitteilung des Senats vom 2. Juli 1920:

1. Antrag, betreffend Schlußstunde für Gast- und Schankwirtschaften.

2. Antrag, betreffend Freibadeanstalten.
3. Nachbewilligung auf den Haushalt des Jugendamts für das Rechnungsjahr 1919.
4. Jahresbericht der Erleuchtungs- und Wasserwerke für 1919.

eine Mitteilung des Senats vom 6. Juli 1920:  
Antrag, betreffend Sperrzeiten für die Gasabgabe.

ein Gesuch des Kanzlisten beim Staatsarchiv, Diercks, wegen Gleichstellung mit den Abteilungsvorstehern der Regierungskanzlei.

Anlässlich der bevorstehenden Bürgerschaftsverhandlungen wegen Errichtung einer Körnersteinfabrik ist ein Schreiben des Ziegelverkaufsvereins Bremen m. b. H. eingegangen. Die Herren sprechen sich gegen Errichtung einer Körnersteinfabrik aus, da sie nicht imstande sind, ihre Ziegelsteine abzugeben.

Eingegangen ist eine Zuschrift der Herren Rodewald, Menz und Stojentin. Die Herren bitten, beim Amtsgericht und beim Schöffengericht als Mandatäre zugelassen zu werden.

Herr Dr. Runkler teilt mit, daß in die Kriegsdeputation anstelle von Herrn Bölle Herr Hagedorn

eintritt, in die Deputation für die Erleuchtungs- und Wasserwerke anstelle von Herrn Heuer Frau Frank, in die Deputation für das Gesundheitswesen anstelle von Frau Frank Herr Hagedorn.

Folgender Antrag Stüchardt ist eingegangen:

Die Bürgerschaft beschließt die Einsetzung einer Kommission von 9 Mitgliedern mit dem Auftrage, die noch nicht erledigten Arbeiten der früheren Kommission wegen Regelung des Submissionswesens zu Ende zu führen, insbesondere zu prüfen, ob sich die Einrichtung eines Verbindungsamtes empfiehlt.

Er kommt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung.

Wir treten nunmehr in die Tagesordnung ein.

### 1. Wahl des Senats.

Professor Dr. Diez (D. Vp.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte im Namen meiner Freunde die Bitte aussprechen, die Verhandlungen der Bürgerschaft noch um eine halbe Stunde auszusetzen, ehe wir zu diesem Punkt der Tagesordnung Stellung nehmen. Meine Freunde haben sich über den Punkt noch nicht völlig schlüssig werden können.

Präsident: Es wird wohl kein Einspruch erhoben, wenn ich die Sitzung bis 4 Uhr 35 Minuten vertage.

Um 4 Uhr 35 Minuten nachmittags wird die Sitzung wieder eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist wieder eröffnet. Wir treten in die Tagesordnung ein.

### 1. Wahl des Senats.

Hierzu liegt ein Bericht des Ausschusses vor, der leider zu spät eingegangen ist.

Wenhold (D.) als Berichterstatter des Ausschusses: Der Ausschuss, der gemäß § 36 Absatz 2 berufen wurde, die Vorbereitung für die Wahl des Senates zu treffen, hat wiederholt getagt. Das Ergebnis seiner Beratungen liegt in dem Bericht vor, der soeben verteilt worden ist. Ich kann mich kurz fassen, da ich dem Bericht nichts wesentliches hinzufügen brauche. Ich möchte nur feststellen, daß die Vorschläge, die vom Ausschuss gemacht werden, nicht hinauslaufen auf einen Koalitionsenat, weil es nicht möglich war, eine tragfähige Mehrheit zusammenzu-

bringen. Um aber die Geschäfte des Staates zu fördern, ist der Ausschuss den Weg gegangen, einen Geschäftsenat zu bilden. An alle Fraktionen ist die Aufforderung ergangen, sich daran zu beteiligen und den Ausschuss durch die Auswahl von tüchtigen und kenntnisreichen Männern zu unterstützen. Die Unabhängigen haben dem nicht entsprochen, und auch die Mehrheitssozialisten haben es abgelehnt, Personen dafür in Vorschlag zu bringen. Der Ausschuss hat daraufhin ohne Mitwirkung dieser Parteien Vertreter namhaft gemacht. Das Ergebnis liegt in den vierzehn Vorschlägen vor. Ich bitte die Bürgerschaft, durch Stimmzettel die Wahl dieser vierzehn Mitglieder vollziehen zu wollen. Ich füge mit Rücksicht auf die Verhandlungen in Spaa hinzu, daß es dem Senat gelingen möge, auch bei den politischen Parteien Vertrauen zu finden, die sich mit der politischen Auffassung der ihm angehörenden Personen nicht in Uebereinstimmung befinden. Der Wunsch des Ausschusses ist, daß der neue Senat Bremens Entwicklung in ruhigen, stetigen Bahnen weiterführt und seine Tätigkeit zum Heile des Ganzen diene.

Dr. Kunkler (U. S.): Wenn man die Liste, die der Ausschuss uns vorgelegt hat, durchblickt, so erkennt man, daß freilich in dieser Regierungsliste einige Persönlichkeiten umgangen worden sind, deren politische Stellung besonders zu Tage getreten ist, und aus diesem Grunde wird die Regierung ein Geschäftsenat genannt. Für meine Fraktion ist trotz der Fernhaltung dieser Personen die reaktionäre Richtung, die diesen Senat beherrschen wird, klar, ist deswegen die Regierung nicht weniger eindeutig. Meine Fraktion ist davon überzeugt, daß der Weg dieser Regierung schnurstracks dem entgegengesetzt ist, auf dem wir das Heil und die Befreiung der Arbeiterschaft von dem wirtschaftlichen und politischen Druck erwarten. Wir haben seinerzeit die Beteiligung an der Regierungsbildung abgelehnt, weil diese Regierung die Gesetze auszuführen haben wird, die seit der Revolution erlassen sind und mit denen man bewußtermaßen die revolutionäre Bewegung zurückdrängen versucht hat. Diese Regierung soll auch auf dem Boden der Verfassung stehen, die von den Mehrheitsparteien für Bremen beschlossen wurde. Es ist für meine Fraktion selbstverständlich, daß sie mit einer solchen Aufgabe, wie sie dieser Regierung gestellt ist, nichts gemein hat. Bei den gegenwärtigen Machtverhältnissen mußte meine Fraktion es als aussichtslos erkennen, die Regierung auf einen andern Weg zu drängen. Aus diesem Grunde lehnten wir die Beteiligung an der Regierung ab, aus demselben Grunde lehnen wir auch die jetzige Liste der Regierungsmitglieder, die im Sinne dieser Verfassung und Gesetzgebung berufen sind, ohne auf die einzelne Persönlichkeit einzugehen, ab. (Bravo! bei den U. S.)

Bußmann (M.-S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Namens meiner Fraktionsfreunde kann ich erklären, daß uns die Situation klar war, daß wir vorausgesehen haben, was kommen mußte, nachdem unsere Freunde von links eine solche Politik eingeschlagen haben. Wir bedauern außerordentlich, daß eine Industriestadt wie Bremen, in der sich die Mehrheit der Bevölkerung für den Sozialismus entschieden hat, heute von einer rein bürgerlichen Regierung regiert werden muß. Das bedauern meine Freunde um so mehr, weil wir immer bereit waren, eine rein sozialistische Regierung zu bilden. Das ist der Öffentlichkeit im weitesten Maße bekannt geworden durch die Beschlüsse unserer Fraktion, unserer Vertrauensmänner und Parteiversammlung. Unsere Hand war gegenüber den Unabhängigen offen, und wir bedauern, daß die Unabhängigen es nicht für notwendig hielten, auch nur den Anlaß zu Verhandlungen zu benutzen. Die Arbeiterzeitung hat seinerzeit Mitteilungen gebracht, daß wir in geheimen Sitzungen Bedingungen aufgestellt hätten, die wir den Unabhängigen machen würden, wenn sie sich an der Regierungsbildung beteiligen würden. Diese Mitteilungen waren Erfindung. Von Bedingungen ist bei uns nie die Rede gewesen. Wir meinten, wenn von Bedingungen die Rede sein sollte, die Initiative von den Unabhängigen zu ergreifen sei. Ich wiederhole, daß nichts von den Unabhängigen versucht worden ist, dem Willen der bremischen Bevölkerung Rechnung zu tragen und eine rein sozialistische Regierung zu berufen. (Lärm bei den U. S.) Das ist die Partei, die durch ihre Flugblätter den Wählern gesagt hat: Entweder ihr wollt, daß alles so bleibt, daß ihr weiter unter der kapitalistischen Wirtschaft, unter der Steuerlast seufzt usw., oder ihr wählt U. S., damit es anders wird. Meine Damen und Herren! Heute trägt einzig und allein die U. S.-Fraktion die Schuld daran, wenn es für die arbeitende Bevölkerung Bremens nicht besser, sondern schlechter wird. (Lärm bei den U. S.) Ich weiß, daß ich mit vielen Ihrer (zu den U. S.) Partei konform gehe. Herr Schmidt und Herr Sommer sind dessen Zeuge. Mir ist bekannt, daß sich jetzt viele Wähler von Ihnen (zu den U. S.) belogen und betrogen fühlen. Meine Damen und Herren! Wir machen nicht der gesamten U. S.-Partei den Vorwurf, daß sie die Schuld trage, wenn es nicht zu einer rein sozialistischen Regierung gekommen ist, sondern einigen verantwortungsscheuen Führern der Partei, weil diese die Verantwortung scheuten, die Regierung zu übernehmen. Die „Arbeiter-Zeitung“ schreibt heute, daß wir mit Schuld daran hätten, wenn es heute zu einer rein bürgerlichen Regierung käme, weil viele Leute von uns nach rechts übergelaufen seien. Als ob wir nicht die Mehrheit hätten! Nein, meine Herren! Eine viel größere Schuld haben diejenigen auf sich geladen, die Ihren Lockungen gefolgt und von uns zu Ihnen übergelaufen

sind. Diesen Wählern sind heute allerdings schon die Augen aufgegangen darüber, daß sie diese Torheit gemacht haben. Meine Damen und Herren, wir haben es hier in Bremen mit einer ganz besonderen Art von unabhängigen Sozialdemokraten zu tun. Ich darf bloß an die vernünftige Rede Ihres Alterspräsidenten Schmalfeldt erinnern und damit in Vergleich Ihre Praxis bezüglich der Regierungsbildung. Meine Damen und Herren! Wenn Herr Dr. Künkler und die „Arbeiter-Zeitung“ behauptet, daß die unabhängige sozialistische Partei immer darauf hingewiesen hat, daß in Bremen die Vorbedingungen für die Unabhängigen, um in eine sozialistische Regierung einzutreten, nicht vorhanden seien, so ist das mit der Auffassung der U. S. im Reiche nicht in Einklang zu bringen. Als mein Parteigenosse Müller sich an Ihren Genossen Crispian gewandt hat und ihn fragte, ob er bereit wäre, die Regierung im Reiche mit zu übernehmen, hat dieser geantwortet: Wir können nicht in eine Regierung eintreten, in der wir nicht die Mehrheit und damit einen durchschlagenden Einfluß haben. Meine Damen und Herren! Sie hätten hier in Bremen in einer sozialistischen Regierung die Mehrheit und es wäre Ihnen doch gewiß eine Kleinigkeit, sieben bis acht tüchtige Köpfe in den Senat zu schicken? (Große Heiterkeit.) Herr Dr. Künkler, Herr Lüdeking und auch Herr Faust wären doch z. B. geeignete Personen? Also, meine Damen und Herren, der Grund ist der Scheingrund, und es kommt immer wieder nur darauf hinaus, daß Sie nur nach Gründen suchen, um die schwere Verantwortung der Regierung von sich abzuwälzen. Wenn dann von der unabhängigen sozialistischen Partei hier in Bremen behauptet wird, daß die Mehrheit, die hier hinter einer rein sozialistischen Regierung steht, zu schwach sei, so darf ich vielleicht daran erinnern, daß wir ohne Kommunisten immer noch drei Mandate mehr haben, wie die Bürgerlichen zusammen genommen, und daß in Braunschweig die sozialistische Regierung zwischen U. S. und uns zu Stande gekommen ist, trotzdem die Sozialisten dort nur zwei Mandate mehr haben, wie die Bürgerlichen. Meine Damen und Herren! Herr Dr. Künkler hat dann noch erwähnt und darauf hingewiesen, und die „Arbeiter-Zeitung“ hat es getan, und die Unabhängigen vertriehen sich ja immer wieder hinter der bremischen Verfassung, die besonders ein Hindernis sei für die unabhängige sozialistische Partei, an einer Regierung sich zu beteiligen.

Meine Herren, auch das ist nichts als ein Vorwand. Diese Verfassung ist unser Ideal doch gewiß nicht. (Zuruf Starke: Ihr habt doch zugestimmt!) Meine Damen und Herren! Sie wissen, daß diese Verfassung das Produkt des Kompromisses ist, das wir eingehen mußten auf Grund Ihrer Schuld, weil Sie schon damals nicht den Mut hatten, die sozialistische Regierung in Bremen mit zu übernehmen.

Meine Damen und Herren! Man mag zu dieser Verfassung stehen, wie man will. Der felsenfesten Ueberzeugung bin ich aber, wenn Sie von den U. S. mit uns jetzt das ernstlich durchführen wollten, was wir auf Grund der Verfassung im Interesse der arbeitenden Bevölkerung durchführen können, es wäre des Schweißes der Edelsten unter Ihnen wert. Meine Damen und Herren! Die Unabhängigen in Bremen sind ein ganz besonderer Schlag. Die Mahnung eines Führers wie Kautsky schlagen sie in den Wind, Ströbel werfen Sie über Bord, und Herr Faust, der so freundlich lacht, veröffentlicht in der „Arbeiter-Zeitung“ einen Artikel des Unabhängigen Dittmann, der Sie auffordert, in den kleinen Staaten, in den Einzelstaaten in die Regierung einzutreten, um von diesen Einzelstaaten aus ihren Druck auf die Reichsregierung auszuüben. (Zuruf Dr. Künkler: Das ist ja nicht wahr!) Das ist wahr, aber unangenehm. Die „Arbeiter-Zeitung“ hat diesen Artikel von Dittmann aus der „Freiheit“ ja verkehrt abgedruckt. (Zwischenrufe bei den U. S.) Meine Damen und Herren! Sie sehen schon aus den andauernden Unterbrechungen der Herren von links, daß die sich jeder sachlichen Begründung verschließen. Im übrigen hat ja in ihre Fraktion Herr Henke gesprochen, und nachdem Herr Henke gesprochen hat, sind eben für die Unabhängigen in Bremen die Würfel gefallen. Aber wenn man diese Politik der unabhängigen sozialistischen Partei nun fortwährend betreiben will, wenn man fortwährend in der heftigsten Opposition sitzt, Anträge über Anträge stellt und sich weigert, sie selbst verantwortlich durchzuführen, dann begibt man sich des Rechtes der Kritik. Das ist meiner Meinung nach doch die größte Pflicht parlamentarischer Demokratie, daß man nur soweit Kritik übt, als man selbst weiß, bessernd eingreifen zu können und es besser machen zu wollen. Sie wollen es aber ja gar nicht. (Zuruf Faust: Was macht Ihr im Reich?) Ich kann Ihnen nachfühlen, Herr Faust, daß Sie aus der bequemen Stellung der Opposition, in der sie groß und stark geworden sind, nicht heraus wollen. Wir kommen hinein in die Stellung der Opposition, aber meine Herren von links, ob das im Interesse des bremischen werktätigen Volkes, der Arbeiter und Beamten liegt, daß wir die Regierung den Bürgerlichen ausliefern müssen, das ist eine andere Frage. (Unruhe bei den U. S.) Sie verlangen von der Masse große Aktionen, öffentliche Aktionen, und selbst können sich einige von Ihnen nicht dazu aufschwingen, das kleine Opfer der Mitübernahme der Regierung zu bringen. Wir wollen Opfer der Straße nicht, weil wir durch unseren Mehrheitswillen hier im Parlamente das durchführen können, was die bremische Arbeiterbevölkerung will. Das können wir allerdings allein nicht, dazu müssen Sie uns die Hand bieten, dann können wir es. Aber Sie gestehen ja, daß Sie es gar nicht wollen. (Un-

ruhe bei den U. S.) Es kann nicht meine Aufgabe sein, hier andauernd gegen Ihre Unterbrechungen anzureden; aber ich kann die U. S. nicht anders bezeichnen, als die Geburtshelfer dieses sogenannten Geschäftssenates. Meine Damen und Herren! Ich muß nun noch einige Ausführungen machen zu diesem Geschäftssenat. Wenn die bürgerlichen Parteien uns den Vorwurf machen, daß unser Verhalten bezüglich einer Koalition mit der Deutschen Volkspartei von dem der unabhängigen sozialistischen Partei sich durch nichts unterscheidet, so ist das doch ein großer Irrtum. Hier handelt es sich um eine Links-, dort um eine Rechtsdrehung der Politik. Die unabhängige sozialistische Partei verhindert durch ihr Verhalten eine rein sozialistische Regierung, und wir wollen und können nicht in eine Regierung eintreten, in der Vertreter der Deutschen Volkspartei sitzen. (Zuruf Dr. Künkler: Warum denn nicht?) Zunächst darum nicht, weil wir unseren Einfluß in dieser Regierung kaum noch geltend machen könnten, weil wir durch unsere Minorität von vornherein darin zur Ohnmacht verurteilt wären. Wir haben ja auch die freundliche Aufforderung Ihres Herrn Henke in der „Arbeiter-Zeitung“ verstanden, doch mit der Deutschen Volkspartei zusammen zu gehen. Aber meine Damen und Herren! Für so dumm dürfen Sie uns nicht halten. Wir wissen ganz gut, daß wir in einer solchen Regierung nur das Aushängeschild gewesen wären für die bürgerlichen Parteien. Wenn die Deutsche Volkspartei heute erklärt, daß sie auf dem Boden der Verfassung stehe, so dürfen Sie es uns nicht übelnehmen, wenn wir heute einer solchen Erklärung sehr mißtrauisch gegenüber stehen. Wir wissen, daß diese Erklärung nicht aus innerer Ueberzeugung kommt, sondern nur der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe abgegeben wird. Wir erinnern uns daran, daß im Wahlkampf, wie er hier durch Herrn Dr. Gildemeister in Bremen geführt wurde, uns doch gesagt wurde, daß die Deutsche Volkspartei die Stimmen nicht zählen, sondern wägen wolle, daß sie ferner der Meinung sei, daß der Achtsturentag ohne besondere Notwendigkeit eingeführt sei usw. Meine Damen und Herren! Wenn wir auch sonst vom Wahlkampfe ganz absehen wollen, das Eine dürfen die Herren von rechts doch nicht vergessen, daß Sie meinen Parteifreunden in Bremen und im Reich stets Unfähigkeit vorgeworfen und sie als Stümper bezeichnet haben. Jetzt, meine Damen und Herren, muß es doch sonderbar erscheinen, wenn Ihnen so viel daran liegt, heute diese Stümper in die Regierung zu bekommen. Das ist ein Doppelspiel. Erst sind wir das Unheil des deutschen Volkes nach Ihrer Meinung gewesen, wir sollen diejenigen gewesen sein, die Deutschland in Schmach und Schande gestürzt haben, und jetzt buhlen Sie förmlich darum, uns in die Regierung mit hineinzunehmen, jetzt sollen wir auf einmal diejenigen sein, die die alleinigen

Retter des deutschen Volkes sein können. Meine Damen und Herren! Sie können es uns nicht verübeln, wenn wir diesen Lockungen nicht folgen. Wir haben unseren Rücken lange genug zum Niemenschneiden für rechts und links hergegeben. Niemand hat darauf Rücksicht genommen, welche Schwierigkeiten wir zu überwinden hatten, als wir uns an dieser Regierung beteiligten. Noch niemals ist eine Regierung in Bremen mit schönerem Undant belohnt worden, als die verflossene, die in schwerer Zeit das Schicksal Bremens geführt hat. Aber nicht der mit viel Geld und Schmutz geführte Wahlkampf von rechts allein hindert uns etwa, in eine Koalitionsregierung einzutreten, aber meine Damen und Herren, es ist Ihnen doch bekannt, daß die Interessen, die Ihre Partei und die die meinige vertritt, sich so konträr gegenüber stehen, daß es ein erprießliches Zusammenarbeiten zwischen uns (nach rechts) gar nicht geben kann. Nur die schlotternde Angst der Unabhängigen vor dem Mitregieren hindert uns heute, an die Stelle des jetzt vorgeschlagenen Geschäftssenats sofort einen sozialistischen zu setzen. Wir lassen uns, wenn wir diesen Geschäftssenat dulden, dabei leiten nur vom Verantwortungsgesühl gegenüber von tausenden bremischen Beamten und Arbeitern, die, wenn der Haushaltsplan nicht ordnungsmäßig erledigt werden würde, aufs Straßenpflaster fliegen und brotlos werden (Zuruf bei den U. S.: Das werden sie jetzt schon!) Nein, das werden sie in dem Augenblick, wo wir den Haushalt nicht erledigen und keine Zahlungen erfolgen können. Das einzig und allein ist unser Leitmotiv, wenn wir diesen Senat dulden. (Zuruf Starcker.) Ach, Herr Starcker, sagen Sie doch offen, daß Sie überhaupt keine Ordnung wollen, sondern die Anarchie. (Zurufe bei den U. S.) Aber was soll denn kommen? Die unabhängige sozialistische Partei stellt ein Mißtrauensvotum aus der vorrevolutionären Regierung, sie stellt ein Mißtrauensvotum aus der bisherigen Koalitionsregierung, sie stellt ein Mißtrauensvotum aus dem jetzigen Geschäftssenat, und die U. S. stellt sich selbst ein Mißtrauensvotum aus, indem sie heute nicht soviel Traute hat, selbst eine Regierung zu bilden. Diese Politik und Taktik der unabhängigen sozialistischen Partei mag verstehen, wer kann. Vom sozialdemokratischen Standpunkt ist sie unverständlich. Dieser sogenannte Geschäftssenat kann unser Vertrauen nicht verlangen, und er hat es auch nicht getan. Wir sind uns, genau wie Herr Dr. Künkler, darüber klar, daß wir von diesem Senat irgendwelche Maßnahmen in sozialistischem Sinne nicht erwarten können, aber das Eine müssen wir von diesem Senat verlangen, und er hat ja alle Ursache, diesem Verlangen nachzukommen, daß er loyal im Sinne der parlamentarisch-demokratischen Verfassung arbeitet. Wir begrüßen es, daß der Senat sich als Geschäftssenat bezeichnet, und daß er einsieht, daß er nur der Geschäftsträger sein kann für einen ordnungsmäßigen

Senat der Mehrheit, der ihn hoffentlich recht bald ablöst, wenn die Unabhängigen zur besseren Einsicht kommen, mit uns zusammen die Regierung zu übernehmen. (Zuruf Dr. Künkler: Dazu werden Sie viel Lust haben nach Ihrer Rede!) Herr Dr. Künkler, durch Ihre Reden ist uns schon sehr oft die Lust vergangen. (Zuruf Dr. Künkler: Wir sind aber niemals persönlich geworden!) Das sind wir auch nicht, ich am allerwenigsten. Meine Damen und Herren! Vor allem möchten wir dem neuen Senat mit auf dem Weg geben, unter allen Umständen dafür sich einzusetzen, daß das alte Beamten-Patronagesystem in Bremen nicht wieder großgezogen wird.

Sie haben, nachdem meine Freunde in die Regierung, in den bremischen Senat eingetreten waren, meiner Partei immer den Vorwurf gemacht, daß wir nur mit Rücksicht auf ihre Parteizugehörigkeit Leute in die Ämter hineingebracht hätten. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vergessen Sie bitte nicht, daß wir damit nur versucht haben, ein altes Unrecht wieder gutzumachen. Es ist Ihnen ja übrigens sehr gut bekannt, daß die bremischen Senatsyndiker z. B. weiter aus Ihren Reihen (nach rechts) genommen worden sind, und daß sehr viele höhere bremische Schulbeamte ebenfalls aus Ihren Reihen genommen wurden, ohne daß wir gefragt haben: welcher politischen Richtung bist du? (Zuruf rechts: Sie selbst haben wohl keine gehabt?) Meine Damen und Herren! Wenn wir selbst wirklich keine geeigneten Anwärter gehabt haben sollten, wie der Zwischenrufer behauptet, dann läge doch die Schuld daran bei Ihnen und dem alten Klassen- und Volksschulelend, das wir Ihnen zu verdanken haben. Also wir müssen schon bei dieser Gelegenheit darauf verweisen, daß in Bremen, hauptsächlich bei den Sicherheitsorganen, neuerdings gleich wieder eine Gesinnungsschnüffelei der höheren Beamten den unteren gegenüber vor sich geht, die, wenn sie nicht aufhört, uns Veranlassung sein könnte, schon die Kabinettsfrage zu stellen. Bildet man sich jetzt ein, wo der alte Senat ausscheidet, sich eine reaktionäre Kampftruppe heranziehen zu können und die Männer aus der Sipo zu entfernen, die in den Tagen des Kapp-Putsches treu zur Verfassung gestanden haben? Das können wir nicht stillschweigend mit ansehen, daß, wie in den Tagen des alten Ausnahmegesetzes, des Sozialistengesetzes, vorgegangen wird gegen Angehörige einer Truppe, die zum Schutze der Republik bestimmt ist. Meine Damen und Herren! Das ist ferner das wenigste, was wir von diesem Senat erwarten müssen, daß er nichts gegen die sozialpolitischen und die schulpolitischen Fortschritte, wie sie durch die Nationalversammlung und die bisherige Regierung geschaffen worden sind, unternimmt. Wir verlangen damit nichts unmögliches, sondern nur die Anerkennung eines Zustandes, wie er den Mehrheitsverhältnissen in diesem Hause entspricht. Also, meine Damen und Herren! Ein Vertrauen kann diese neue

Regierung von uns nicht verlangen. Wir werden diesen Geschäfts-senat nicht stürzen, solange die U. S. uns hindern, einen besseren Senat an die Stelle zu setzen. Meine Damen und Herren! Ich habe schon gesagt, daß uns wesentlich nur die Erledigung des Budgets davon abhält, schon heute an die Wähler zu appellieren. Der Tag wird kommen, und, meine Damen und Herren, dieser Geschäfts-senat und die Herren, die in diesen Geschäfts-senat eintreten, treten mit diesem Bewußtsein in diese Ämter ein. Diesem Geschäfts-senat als solchem, das habe ich schon gesagt, geben wir jetzt Gelegenheit, zu beweisen, daß die bürgerlichen Herren das Regieren in Bremen besser verstehen werden als meine Freunde, die sich bisher dort betätigt haben. Aber sorgen Sie nun auch durch Ihre Tätigkeit dafür, daß nicht zu schnell der Tag kommt, wo wir Ihnen nur noch ironisch zurufen müssen: „Hier ist Rhodus, komm und zeige Deine Kunst, hier wird getanzt, oder trolle Dich und schweige, wenn Du jetzt nicht tanzen kannst!“ (Große Heiterkeit.) Also, meine Damen und Herren! Auf der einen Seite anerkennen wir das große Opfer, das die Herren, die heute in den Geschäfts-senat eintreten, bringen, denn dieser Geschäfts-senat weiß, daß er abhängt von der Gnade und Ungnade der sozialistischen Parteien dieses Hauses, er weiß, daß er auf unsere Duldung angewiesen ist, daß er nur möglich ist, weil die unabhängige bremische Sozialdemokratie offenbar förmlich befehlet ist vom Willen zur Ohnmacht. Einer Ohnmacht, die diktiert ist von ihrem Fiasko mit der bremischen Räterepublik. Meine Damen und Herren! Wenn die Schatten jener Räterherrschaft vom Winter 1918/19 erst einmal von den Unabhängigen schwinden werden, dann wird ja vielleicht der Tag kommen, wo eine Stadt der Arbeit, eine Stadt des modernen wirtschaftlichen Aufschwungs dem Sozialismus gehört, dem Sozialismus, dem wir uns nicht scheuen, auch dann in alter Treue zu dienen, wenn die wirtschaftlichen Widerstände Sie (zu den U. S.) abhalten, im sozialistischen Sinne verantwortungsfreudig sich zu betätigen! (Lebhafter Beifall.)

Professor Dr. Diez (D. V.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Namen meiner Freunde habe ich nur eine kurze Erklärung abzugeben. Sie wissen, daß die Bildung dieses Geschäfts-senats nicht leicht gewesen ist. Wir von der deutschen Volkspartei haben großen Wert darauf gelegt, daß ein Vertreter des Handwerks aus unseren Reihen in den Senat entsandt würde, und es drohte daran noch in letzter Stunde die Bildung dieses Senats zu scheitern, weil diese Forderung von der andern Seite nicht bewilligt werden sollte. Wir haben uns unsere Stellungnahme heute nachmittag nochmals genau überlegt und haben geglaubt, in der Lage, in der sich unsere Vaterstadt und unser deutsches Vaterland jetzt befindet, die Bildung

des neuen Senats an dieser einen Frage nicht scheitern lassen zu dürfen. Deshalb stimmen wir der Liste, wie sie hier in dem Bericht des Ausschusses enthalten ist, zu. Im übrigen glaube ich nicht, daß heute, wo wir die neue Bremer Regierung bilden wollen, die richtige Gelegenheit zu einer großen parteipolitischen Erörterung gegeben ist. Ich werde daher auf diese Fragen nur ganz kurz eingehen. Ich muß sagen, daß wir bedauert haben, daß sich an der Bildung des Geschäfts-senats nicht auch die U. S. und die M.-S. beteiligt haben. Wir sind der Ansicht, daß im Sinne der Ausführungen, die Herr Schmalfeld in so vortrefflicher Weise bei der Eröffnung der neuen Bürgerchaft gemacht hat, es den U. S. so gut wie den M.-S. wohl möglich gewesen wäre, mit uns zusammen zum Wohle Bremens einen Geschäfts-senat zu bilden. Was die Ausführungen des Herrn Buxmann betrifft, daß wir die Vertretung seiner Parteigenossen nicht gewollt hätten, so ist das nicht richtig, denn wir haben besonderen Wert darauf gelegt, daß die Arbeiter, die leider zum großen Teil heute noch ihre Vertretung in den beiden sozialdemokratischen Parteien sehen, weiter im Senat vertreten sein sollten. Wir legen großen Wert darauf, daß die Beschwerden und Wünsche und die Interessen der Arbeiter auch im Senat unmittelbar zum Ausdruck gebracht werden können, und wir bedauern, daß durch die Nichtbeteiligung der beiden sozialistischen Parteien dieser Geschäfts-senat rein bürgerlich hat zusammengesetzt werden müssen. Im übrigen hat Herr Buxmann geäußert, wir ständen ja der neuen Verfassung sehr skeptisch gegenüber. Ich möchte daran erinnern, daß bei der Verabschiedung der Verfassung alle Mitglieder des früheren Landesverbandes, auch soweit sie der Deutschenationalen Volkspartei angehörten, für die Verfassung gestimmt haben. Ganz gewiß ist es richtig, daß wir dieser neuen Verfassung gegenüber Bedenken haben, erhebliche Bedenken, und ich kann nur sagen, daß die Vorgänge und die Verhandlungen, die zur Bildung des neuen Senats geführt haben, uns schon Recht gegeben haben, wenn wir glauben, daß es zweifelhaft ist, ob dieses System der Regierungsbildung für Bremen das richtige ist. Wir haben aber gesagt: wir wollen den ehrlichen Versuch machen, mit dieser Verfassung zu arbeiten, und diesen ehrlichen Versuch machen wir heute, indem wir diesen Geschäfts-senat mit bilden helfen, und wir wollen nur hoffen, daß in Zukunft die Bildung der Bremischen Regierung leichter vonstatten geht, als es diesmal der Fall war. Was die Richtung der Regierung angeht, die Herr Dr. Runkler im voraus erkennen zu können glaubt, so hoffen wir, daß der neue Senat trotz der unendlich schwierigen jetzigen Lage unseres Vaterlandes und Bremens doch imstande sein wird, nützliche Arbeit ohne Rücksicht auf Parteipolitik zum Wohle unserer Vaterstadt zu leisten. (Bravo!)

Dannat (Komm.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Demokratie hat sich überreift zur höchsten Blüte. Das zeigt, das Sie nicht mehr in der Lage sind, den Senat auf parlamentarischer Grundlage zu bilden. Sie können nur einen Senat bilden unter Duldung der Mehrheitssozialisten. Die halten sich passiv, und die Unabhängigen sprechen dem Senat das Mißtrauen aus. Sie können also einen Senat nur bilden dadurch, daß sie den Parlamentarismus ausschalten dem Senat gegenüber. Die Mehrheitssozialisten erklären: der Senat hat unser Mißtrauen, aber wir werden ihn dulden. Dieser Senat kann nur wünschen: „Laßt feiste Männer um mich sein, die ruhig schlafen und Kompromisse schließen!“ (Heiterkeit) Meine Damen und Herren! Die Demokratie hat eine Ausartung bekommen, wo sie nicht mehr Demokratie ist, denn, wenn sie regieren will, ist sie gezwungen, durch einen Geschäftssenat, der sich über das Parlament stellt, die Geschäfte führen zu lassen. Wir werden den Geschäftssenat ablehnen, wir werden auch einen Senat ablehnen, in dem die Mehrheitssozialisten vertreten sind, und wir werden auch ebenso wie einen bürgerlichen Senat einen sozialistischen Senat ablehnen.

Dr. Künkler (U. S.): Herr Präsident! Ich hatte in meinen Ausführungen unterlassen, auf die Gründe, die uns dazu bewogen haben, uns der Regierungsbildung fernzuhalten, einzugehen. Herr Bußmann hat es aber für nötig gehalten, nun seinerseits in seine Rede diese Gründe in die gegenwärtige Erörterung hineinzuziehen, indem er erklärte, uns die Hand geboten zu haben, die Regierung zu bilden, und damit verbinden zu müssen glaubte, die schwersten Vorwürfe nicht nur gegen meine Fraktion, sondern auch gegen einzelne Personen meiner Fraktion zu äußern. Herr Bußmann hat erklärt, wir hätten mit unserm Wahlaufruf unsere Wähler belogen und betrogen. (Bußmann: Ist nicht wahr!) Er hat uns vorgehalten die Erklärung eines Parteigenossen über die Regierungsbildung in andern Ländern. Wenn Herr Bußmann diese Ausführungen unseres Parteigenossen Dittmann wirklich gelesen hätte und zwar nicht nur in der Darstellung des Auszuges in seiner Parteipresse, so würde er einen derartigen Ausdruck nicht haben gebrauchen können.

Präsident: Ich möchte doch richtigstellen: Herr Bußmann hat vorher nicht gesagt, daß die Partei des Herrn Dr. Künkler die Wähler belogen und betrogen hätte, sondern er hat gesagt, sie fühlten sich belogen und betrogen; das ist doch ein Unterschied. Andernfalls hätte ich das gleich zurückgewiesen.

Dr. Künkler: Herr Bußmann hat auch Anlaß genommen, als Motiv unserer Zurückhaltung bei der Regierungsbildung unser angebliches Fiasko in der Räterepublik vorzuhalten. Er hat aber dabei vergessen,

daß dieses Fiasko, wenn ich diesen Ausdruck übernehmen will, hervorgerufen worden ist durch das Verhalten der sozialdemokratischen Fraktion, die militärische Hilfe gegen diese Räterepublik herbeigerufen hat. (Bußmann: Ich habe das Gefühl, daß Sie froh waren, daß es so gekommen ist!) Herr Bußmann erklärt, die Führer unserer Fraktion seien verantwortungsscheu, sie scheuten sich, die Verantwortung für eine Regierung zu übernehmen. Herr Bußmann, wir übernehmen nicht die Verantwortung für die Regierung, die Sie geschaffen haben, die Sie gebildet haben. Seinerzeit, als die Regierung zu übernehmen war, die sich aus der Revolution gebildet hat, da waren die Unabhängigen sogleich dabei, sie zu übernehmen. Und wer ist es gewesen, der den Anlaß gegeben hat, dieser Regierung, die aus dem Zusammenbruch des alten Systems entstanden war, sich zu enthalten? Das waren Ihre Parteigenossen, die eben in die Wege des alten Systems zurückgefallen sind. Herr Bußmann hat uns vorgeworfen, wir lehnten es ab, die Anträge, die wir gestellt hätten, selbst auszuführen. Was spielen die Anträge, die wir gestellt haben, für eine Rolle gegenüber der Regierung überhaupt, die Sie uns ansinnen, zu übernehmen, und unter dem Druck der Verfassungsgesetze, die wieder Ihre Partei geschaffen hat, wären doch auch diese Anträge auszuführen. Herr Bußmann hat bemerkt, daß die Verfassung auch nicht das Ideal seiner Partei gewesen sei. Ich erinnere aber daran, welche Freude Herr Waigand über diese Verfassung hier geäußert hat.

Und es ist unrichtig, daß die Verfassung in den wesentlichsten Punkten von den Mehrheitssozialisten nur unter dem Zwange der Koalition geschaffen worden ist. Bei zahlreichen Bestimmungen kann dieser Zwang in Frage gekommen sein. Wenn Herr Bußmann uns als Geburtshelfer dieser Regierung bezeichnet hat, so verfällt er in denselben Irrtum, den die Rechtsparteien dadurch begehen, daß sie für die wirtschaftliche Lage die Revolution verantwortlich machen statt ihrem System, ihrer Schuld, das den Krieg heraufbeschworen hat. Also die Regierung, die Sie und Ihre Partei geschaffen haben, Herr Bußmann, die übernehmen wir nicht. Herr Professor Dr. Diez hat dann sein Bedauern darüber ausgesprochen, daß wir nicht in die Regierung gegangen sind. Ich glaube, auch, wenn Sie sagen, daß Sie mit dieser Verfassung nicht einverstanden sind, diese Verfassung doch das Haus ist, an dem Sie mitgebaut haben. In diesem Haus als Gast mit Ihnen zu wohnen, das wollen Sie freundlichst gestatten, aber wir lehnen es ab, lediglich Gast zu sein, solange nicht eine Regierung besteht, die unsere Ziele fördern kann. Und das ist im gegenwärtigen Augenblick nicht die Möglichkeit.

Waigand (M.-S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Dr. Künkler hat sich beschwert, daß mein Freund Bußmann über die Ablehnung

der Unabhängigen zur Regierungsbildung gesprochen hat. Herr Dr. Künzler hat gesagt, daß die jetzige Regierung eindeutig zeige, daß ihre Tätigkeit sich schnurstraks der Arbeiterklasse entgegen sich betätigen werde. Wenn das von Herrn Dr. Künzler gesagt wird, und wenn man weiß, daß eine andere Regierung, daß eine Mehrheit hätte gefunden werden können, die den Arbeiterinteressen nicht entgegensteht, dann ist es wohl berechtigt, wenn Herr Bußmann auf die Verantwortungshinweise, die die Unabhängigen an den Tag legen. Das ist es, was wir zum Ausdruck bringen wollen. Darin liegt die Täuschung der Wähler, daß man bei den Wahlen gesagt hat: Entweder Ihr wollt, daß die Militärgewalt bleibt, eine Minderheit regiert, oder Ihr wählt U. S., damit in Bremen eine andere Regierung gebildet wird, und dann wird doch eine bürgerliche Regierung zugelassen. Wenn hier gesagt wird: „Ich kann nicht in einem Hause wohnen, das Waigand geschaffen hat,“ so muß ich betonen, daß diese Verfassung, die auf Grund der deutschen Reichsverfassung geschaffen ist, alle Möglichkeiten bietet, die Interessen der Arbeiter zu wahren. Sie bietet die Möglichkeit, in sozialer Hinsicht zu wirken durch die Volksabstimmung und die Mehrheit im Parlament; sie bietet die Möglichkeit, die Verwaltung in die Hände zu bekommen und den entsprechenden Einfluß auszuüben. Ich weiß, daß Sie, Herr Dr. Künzler, nicht zu belehren sind, daß aber Tausende und Abertausende anderer Meinung sind, weil wir auf andere Weise nicht zum Ziele kommen können. Sie haben doch auch die Notwendigkeit eines Geschäftsenats in Ihrem eigenen Verfassungsentwurf vorgesehen. Die Amtsmänner sollten nur die ausführenden Personen sein. Das ist Ihr Ideal. Wir wissen aber auch, daß diese Amtsmänner ihren Einfluß ausgeübt hätten, denn zu glauben, daß Personen ihren Einfluß nicht ausüben würden, das ist irrig. Wenn Sie heute Vorwürfe machen, so ist das lendenlahm. Damit können Sie niemand täuschen. Die heutige Verfassung gibt die Möglichkeit, für die Arbeiter einzutreten. Wenn Sie dann sagen, daß wir die Räterepublik gestürzt hätten, dann will ich darauf hinweisen, daß Herr Klawitter einmal gesagt hat: „Wir sind am Ende mit unserem Latein“, und daß Herr Faust in diesem Hause erklärt hat: „Innerhalb acht Tagen wären wir erledigt gewesen.“ (Lärm bei den U. S.) Die Räterepublik wäre möglich gewesen, wenn Sie nicht von einer blödsinnigen Heze ausgegangen wäre, uns auszuschließen. Ich meine als Übergangsregierung, bis zu der Ablösung durch allgemeine Wahlen. Sie können auf keinen Fall sagen, daß die Verfassung Bestimmungen enthalte, die den Arbeiterinteressen entgegen seien. Das ist nicht richtig. Wenn auch durch den Kompromiß, durch den die Verfassung geschaffen worden ist, nicht alles so ist, wie es sein könnte, so ist die Verfassung doch so, daß sie im Interesse der Arbeiter und der Gesamtbevölkerung

geschaffen ist und diese Interessen vertreten kann. Wenn ein Teil der Arbeiter das nicht begreift, so ist das nicht meine Schuld. Ich bin der Meinung, Sie stellen Anträge, wie es Ihre Parteigenossen auch im Reichstag tun, um der Regierung Ihr Mißtrauen auszudrücken, obwohl Sie wissen, daß Deutschland ohne Regierung nicht existieren kann, daß es vor dem Ruin steht; obwohl man weiß, daß auch in Bremen eine Regierung geschaffen werden muß, sagen Sie, sie muß beseitigt werden, weigern sich aber, selbst in die Regierung einzutreten. Sie wissen, daß Ihre Anträge abgelehnt werden, die nicht durchführbar sind, ohne Ihren Eintritt in die Regierung, trotzdem stellen Sie sie, um sagen zu können, wir sind dafür gewesen. Dazu sind die Zeiten zu ernst, und nicht parteiagitorisches Denken sollte uns in diesem Augenblick leiten. (Zuruf Dr. Künzler: Wann haben wir das getan?) Das hat Ihre ganze Presse getan und das ist auch hier geschehen. Es stimmt, wie Bußmann die Ausführungen Dittmanns interpretiert hat. Dittmann hat gesagt, daß man in kleinen Staaten unter Umständen (Dr. Künzler: Unter Umständen!) in die Regierung eintreten könne. Diese Umstände sind doch hier in Bremen gegeben. (Dr. Künzler: Das bestreiten wir.)

Präsident: Hier ist kein Debattierklub.

Waigand: Ich wollte nur beweisen, daß die Unabhängigen durch ihre Abstinenz bei der Regierungsbildung die Interessen des Volkes geschädigt, daß sie ihre Wahlversprechen nicht gehalten haben, daß sie künftig bei ihren Versprechungen vorher überlegen, was sie halten können.

Präsident: Es ist Schluß der Debatte beantragt. Zum Worte angeschrieben sind Fraunkiewicz, Breitmeyer. Wird der Antrag auf Schluß genügend unterstützt? Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist abgelehnt.

Fraunkiewicz (U. S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es sind hier Herren im Saal, die zu den Rechtssozialisten gehören, die vor Ausbruch des Krieges gesagt haben, eine Regierung im kapitalistischen Klassenstaat sei nichts anderes als der geschäftsführende Ausschuß der besitzenden Klassen. (Waigand: Nur nichts hinzulernen.) Dieselben Herren, die hier im Saale anwesend sind, die vor Ausbruch des Krieges dieses dem Volke erzählt haben, sind in die Lage versetzt worden, durch ihre praktische Tätigkeit in der Regierung, der sie angehört haben, der geschäftsführende Ausschuß der besitzenden Klassen zu sein. Es ist sehr gewagt von den Rechtssozialisten, uns Unabhängigen zu sagen, wir wollten die Anarchie. Wenn Herr Bußmann sagt, wir wollten die Anarchie, so beweist Herr Bußmann in seinen Ausführungen,

daß er noch nicht das ABC des kapitalistischen Klassenstaates, in dem wir mit beiden Füßen mitten drin stehen, begriffen und erkannt hat. Wenn Herr Bußmann ein Sozialist sein wollte, dann müßte er wissen, daß heute in der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsweise eine anarchistische Produktion vorhanden ist, ziel- und planlos, die jeder Sozialist auf Grund seiner ökonomischen Kenntnisse im Interesse der Volksgemeinschaft bekämpfen sollte. Aber von einem Rechtssozialisten jetzt ökonomische Kenntnisse zu verlangen, ist etwas zu viel verlangt. Also dieses, sagt Herr Bußmann — und ihm sekundiert Herr Waigand — ist es, was die Unabhängigen hindert, in die Regierung, den Verwaltungsausschuß der besitzenden Klassen, einzutreten. Ja, man geht in der Demagogie so weit, indem man sagt, wir unabhängigen Sozialisten hätten im Wahlkampf den Wählern Vorspiegelungen gemacht. So wie im Wahlkampf gelogen worden ist, ist hier im Saale gelogen worden. Das wissen die Herren Waigand und Bußmann — —

Präsident: Ich muß Sie dringend ersuchen, einen derartigen Ausdruck, daß hier im Saale gelogen worden ist, nicht zu gebrauchen!

Frasunkiewicz: Herr Präsident, ich bin in der Lage, den Beweis bringen zu können.

Präsident: Den Beweis brauche ich nicht!

Frasunkiewicz: Ich werde versuchen, durch den Schleier zu reden. Meine Damen und Herren! Dieselben Herren, Waigand und Bußmann, die hier im Saale gesagt haben, wir, die Unabhängigen, hätten den Wählern Versprechungen gemacht, die wir jetzt nicht einhalten, sind sehr naiver Anschauung und wissen nicht zu unterscheiden, was Grundlag und Grundlosigkeit ist. Denn die beiden wissen, daß wir unseren Wahlkampf grundsätzlich geführt haben, grundsätzlich auf Grund unseres Programms und unserer Programmpunkte, die wir aufgestellt haben. Wir haben den Wählern nicht gesagt, wenn wir an die Regierung kommen, braucht Ihr weniger Steuern zu zahlen. Derartige fadenscheinige Argumente wollen wir denjenigen überlassen, die gerne der Verwaltungsausschuß der besitzenden Klassen werden wollen. Verehrte Anwesende! Wir sind Sozialisten, wir bekämpfen diesen kapitalistischen Klassenstaat, wir bekämpfen diesen kapitalistischen Klassenstaat mit allen seinen Begleiterscheinungen. Und hier nur ein Beispiel von der lebenswürdigen praktischen Tätigkeit unserer politischen Gegner, die im rechtssozialistischen Lager sich befinden. Hier ist, als der Kapp-Lüttwitz-Putsch in Deutschland ausgebrochen ist, in diesem hohen Hause — wenn ich dieses Haus ein hohes nennen darf — ein Beschluß, Herr Präsident, mit Majorität gefaßt worden, der

heißt: „die Bewaffnung der organisierten Arbeiter, M. S., U. S., K. P. D.“ und dieses hohe Haus, das mit Majorität diesen Beschluß gefaßt hat, hat wohlweislich, — weil die Diktatur der Bourgeoisie besteht — diesen Beschluß nicht praktisch ausgeführt. Wiederum ein Beweis dafür, wie, politisch betrachtet, die Herren von der rechtssozialistischen Seite zu bewerten sind. Sie haben im Senat, als geschäftsführender Ausschuß der besitzenden Klasse, die Gegnerin der Bewaffnung des organisierten Proletariats ist, voll und ganz den Interessenstandpunkt der Besitzenden vertreten. Es war sehr gewagt von Herrn Waigand und auch von Herrn Bußmann, auf die der Historie angehörende Zeit der Räteherrschaft Bremens hinzuweisen. Hätten doch die Herren lieber geschwiegen, sie wären klüger geblieben. Hier in diesem Hause, am 3. Februar 1919 war ich derjenige gewesen, der Bericht erstattet hat über die Abgabe der Waffen in Depots und auch darüber, daß wir, als Mitglieder des Rates der Volksbeauftragten, einer anderen Regierung Platz machen wollten. Wir haben uns — Herr Bußmann und Herr Waigand, erinnern Sie sich? — geeinigt, M. S., U. S., K. P. Und wer hat diese Vereinigung durchbrochen, wer war Verräter am Proletariat? Wer war Verräter am bremischen Volke, wer holte Herrn von Pitzelwig, wer holte Herrn von Danner, wer war der Schuldige, wer hat das Blutbad hier in Bremen angerichtet? Die Deich- und Winkelmänner! Meine Herren von den Rechtssozialisten, wenn Sie im Glashaufe sitzen, bitte bedienen Sie sich keiner Steine, um zu werfen, sondern Gummibälle, es könnten sonst die Wände dabei entzwei gehen. Es ist charakteristisch, uns, die wir doch nur einige Tage in der Lage waren, in der Regierung tätig zu sein, die wir nicht Zeit hatten, in der Räteherrschaft, in der die Wogen hochgingen, uns auch nur einigermaßen zu organisieren, die Geschäfte zu ordnen, weil die Zeit zu kurz war, uns den Vorwurf zu machen, wir wären unfähig. Dieselben Herren, die uns verhindert haben, praktische Arbeiterpolitik zu treiben, die wagen jetzt, im Brustton der Ueberzeugung uns Vorwürfe zu machen, daß wir nichts geleistet hätten. Im Interesse der arbeitenden Bevölkerung hätten wir, um nur ein Beispiel zu nennen, wenn unser Kommissariat für Bau- und Wohnungswesen länger bestanden hätte, als es tatsächlich bestand, auf dem Gebiete der Wohnungsnot ganz anders gearbeitet, als die Senatsregierung der Rechtssozialisten.

Präsident: Herr Frasunkiewicz, gehen Sie nicht zu weit vom Thema ab!

Frasunkiewicz: Hätten die Herren von den Rechtssozialisten nicht die Gelegenheit beim Schopfe genommen, uns Unabhängigen zu miskreditieren, dann wäre ich hier gar nicht auf die Vergangenheit eingegangen. Aber wer weiß, zu was das gut ist.

Sehr geehrte Damen und Herren! Dieser sogenannte neue Geschäfts-senat, der wird ja alles tun, um den Kapitalismus noch mehr zu befestigen und zu verankern, als es der bisherige rechtssozialistisch-demokratisch sein wollende Senat getan hat. Ja, der neue Senat steht auf dem Boden der kapitalistisch-anarchistischen Gesellschaftsordnung. Es war den Rechtssozialisten nicht möglich, die Revolution zum Stehen zu bringen und den Kapitalismus neu zu befestigen, so daß er unausrottbar sei, es wird dieses dem geschäftsführenden Senat auch nicht möglich sein. Ich glaube es nicht! Es ist ein Ding der Unmöglichkeit, denn die ökonomische Entwicklung bleibt nicht stehen, die Geschichte auch nicht, und die Revolution marschiert. Ich bin der festen Ueberzeugung, die Kopf- und Handarbeiter, bei denen das Licht der Erkenntnis in ihre Gehirne eingedrungen ist, die werden auch diesen geschäftsführenden Senat, nachdem er sich als das gezeigt hat, als was er sich zeigen muß, genau so dorthin befördern, wo alle die kapitalistischen Regierungen und Vertretungen hingehören, nämlich in den Ortus. Nicht Feigheit, nicht Gewissenlosigkeit, nicht Angst ist es, weshalb wir nicht in die Regierung eintreten. Wir haben ein Programm, und da sind wir überzeugt, daß wir unter den gegebenen Verhältnissen unser Programm in keiner Weise zur Durchführung bringen können, nicht mal einen Teil davon. Wir wollen das Volk nicht täuschen. Wir könnten ja, so zum Mandöver, diese Geschichte mal mitmachen. Der eine oder der andere würde vielleicht auf diesem Gebiete in der Regierung Erfahrungen sammeln, aber wir sind zu verantwortungsvoll. Wir sind keine Konjunkturpolitiker. Meine Damen und Herren! Um Experimente zu machen, werden wir diese so scheinbar günstig aussehende Konjunktur, wie sie sie die Rechtssozialisten ansehen, nicht benutzen, um in die Regierung einzutreten. Gerade, weil wir viel zu großes Verantwortlichkeitsgefühl haben, weil wir keine Konjunkturpolitiker, wie Herr Busmann und Herr Waigand, sind, deshalb lehnen wir zur Zeit ab, in eine Regierung einzutreten. Andern sich die Verhältnisse, ändert sich die Situation zu unseren Gunsten, dann wohl, wir sind keine Konservative, sondern unabhängige Sozialdemokraten.

Präsident: Es ist Schluß der Debatte beantragt. Zum Worte angeschrieben ist Herr Breitmeyer.

Der Antrag auf Schluß wird abgelehnt.

Breitmeyer (R.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir von der linken Seite, von der äußersten Linken, werden keine Gelegenheit vorübergehen lassen, den Bankrott Ihrer Demokratie zu jeder Zeit und Stunde hier zu zeigen, und gerade heute zeigt es sich in der klarsten Form, wie die Demokratie eine bankrotte Geschichte, wie sie nur ein

Scheinmoment ist, womit man jederzeit immer wieder unser Volk täuschen und mit diesem Scheinmoment im Zaume halten will. Diese Demokratie, die wir jetzt hier in unserem Parlament, wo wir hier eine sozialistische Mehrheit haben, wo trotzdem eine sozialistische Regierung nicht möglich ist, weil sie sich nicht halten kann, weil das Bürgertum in seiner Stärke eine solche Regierung jederzeit sabotieren wird. Und nun gestatten Sie mir, einen Rückblick auf die Zeit seit dem 4. Februar zu werfen. Ihre Demokratie stützt sich auf die Bajonette der Gerstenberger, sie stützt sich auf die bürgerlichen Gewehre. Und diese Demokratie preist sich zu jeder Zeit und Stunde dem Volke, dem Arbeiter an. Da waren vor allen Dingen die Herren Mehrheitssozialisten, die damals am 4. Februar die Geschichte übernahmen. Sie stützten sich auf die Bajonette und setzten sich gegen den Willen des Proletariats mit den Bürgerlichen in die Regierung und das Rathaus. Meine Damen und Herren! Wenn die Mehrheitssozialisten ehrlich geblieben wären, dann würde kein Mensch ihnen von irgend einer Seite Vorwürfe machen. Aber in dem Augenblick, wo diese Herren sich als die Gegner des Proletariats zeigten, wo ein Koske die Maschinengewehre gegen die Arbeiter richtete, und noch vorgab, ein Vertreter der Arbeiter zu sein, wurde ihre Politik eine unehrliche. Sie haben es versichert, den Namen Sozialisten zu führen. Das haben wir zu jeder Zeit festzustellen. Die brutale Gewalt Ihrerseits hat dazu geführt. Wenn Sie auf die Räterepublik hinweisen wollen, dann ist doch festzustellen, daß die Arbeiter uns ersucht haben, der Politik eine andere Richtung zu geben und irgendwie den Klassenkampf in einer anderen Form zum Ausdruck zu bringen. Das haben Sie verhindert. Jedenfalls wäre es ehrlich gewesen, wenn Sie beim Proletariat geblieben wären, als sich zum Bürgertum zu schlagen. Deshalb sieht man in jeder Lage, daß Ihre Demokratie nur ein Scheinmoment ist. Wenn Sie wirklich sozialistische Politik haben treiben wollen, dann hätten Sie es in der ordnungsmäßigen Regierung, wo Sie die Mehrheit hatten, dann hätten Sie es vermocht, die Auflösung des Klassenkampfes zu bringen. Sie hätten die Auflösung der Stadtwehr machen können. Sie hatten doch mit zehn Herren in der Regierung die Mehrheit. Warum haben Sie die Stadtwehr nicht aufgelöst? Weil Sie zu ohnmächtig sind in Ihrer militärischen Lage. Und wenn Herr Busmann heute sagt, wir dulden diese Regierung der Minderheit, meine Damen und Herren, wie war denn die Geschichte vorher? Da waren Sie geduldet von den Bürgerlichen. Ich glaube, Sie haben einen Wechsel auf Gegenseitigkeit unterschrieben. Nun, meine Damen und Herren, möchte ich einiges zu meinen unabhängigen Freunden sagen. Ich bin der Meinung, Sie hätten im Interesse der Auflösung von Krisen und Kämpfen doch vielleicht die Regierung übernehmen können. (Gelächter bei den U. S.) Wenn Herr Dr. Kuntler sagt und wenn

Adam Frajunkiowiez hier feststellt, daß sie nicht die bankrotte Geschichte mitmachen wollen, so kann man doch auch sagen, wenn die Unabhängigen die Mehrheit in einer Regierung haben, dann können sie dazu beitragen, nicht dieser Verfassung Folge zu leisten, sondern versuchen, nach ihrem Willen eine andere zu schaffen. Sie hatten die Gelegenheit, es damit zu Krisen, zu Kämpfen zu bringen. Das ist nach meiner Auffassung auch eine historische Aufgabe der unabhängigen sozialistischen Partei. Sie haben vor der Wahl erklärt: wir wollen eine rein sozialistische Regierung. Frajunkiowiez hat erklärt: wir sind Sozialdemokraten. Also was hindert die Unabhängigen, in diese Regierung mit den M.-S. einzutreten? (Sehr richtig! bei den M.-S.) Sie hätten die Aufgabe gehabt, innerhalb dieser Regierung die Stadtwehr zu entwaffnen und auch die Sipo oder doch wenigstens diese Entwaffnung auf die Tagesordnung zu bringen. Sie haben den Kampf des Proletariats zu führen. Das sind einfach Verpflichtungen. Wenn Sie sich Sozialdemokraten nennen, warum lehnen Sie ab? Das sind Aufgaben, die Ihrer Partei zufallen. Meine Damen und Herren! Mit der Rechten haben wir jede sachliche Auseinandersetzung zu vermeiden, dazu haben wir keine Veranlassung mehr. Für uns ist die Sachlage so gegeben, daß letzten Endes der Kampf des Proletariats der Bürgerkrieg ist. Aber eine sozialistische Partei, soweit sie sich sozialdemokratisch nennt, mit der haben wir Auseinandersetzungen zu pflegen. Sie werden die Verantwortung zu übernehmen haben, nicht für den Bankrott, der dort geschaffen ist, sondern dafür, daß etwas Besseres geschaffen wird, und das Proletariat wird Ihnen die Verantwortung zuschieben, ob Sie wollen oder nicht.

Präsident: Es ist Schluß der Debatte beantragt. Zum Wort angeschrieben ist Herr Faust.

Der Schluß wird angenommen.

Wenhold (D.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich kann mich zum Schluß sehr kurz fassen. Ich habe als Berichterstatter ja eine neutrale Stellung, und möchte deshalb auch nicht eingehen auf die parteipolitischen Auseinandersetzungen, die sich an die Vorschläge geknüpft haben. Es ist ein alter deutscher Volksglaube, daß an der Bahre eines Kindes gute und böse Feen stehen, die ihm auf seinen Lebensweg gute und böse Wünsche mitgeben. Wenn wir heute die Redner, die zu der neuen bremischen Regierung gesprochen haben, an unserm geistigen Auge vorüberziehen lassen, so sind es nicht gerade Grazien gewesen, die an der Wiege dieses neuen Senats gestanden haben (Heiterkeit), und es sind auch nicht immer gute Wünsche gewesen, die für die neue bremische Regierung ausgesprochen worden sind. Aber es ist ein alter Erfahrungssatz, den namentlich die Ärzte

oft gemacht haben, daß einer, dem man ein kurzes und schlechtes Leben prophezeit, länger und kräftiger lebt, als man gewünscht hat. Ich kann als Berichterstatter des Ausschusses, der die Verantwortung für den neuen Senat nicht ganz verleugnen kann, nur wünschen, daß dieser Grundsatz sich auch beim neuen Senat bewahrheiten und daß er für seine Vorlagen, die er der Bürgerschaft bringen wird, ein wohlwollendes Ohr finden möge und, worauf ich besonders hinweisen möchte, auch ein starkes Verantwortungsgefühl der Bürgerschaft gegenüber den Staatsnotwendigkeiten.

Präsident: Bevor wir zur Abstimmung schreiten, stelle ich die Anfrage, ob weitere Vorschläge gemacht werden außer den 14 im Bericht genannten Herren. — Das ist nicht der Fall. Ich verweise auf den § 29 unserer neuen Geschäftsordnung, da wir nach dieser Geschäftsordnung bisher noch niemals abgestimmt haben. Es heißt da:

„Sobald die Wahlliste geschlossen ist, werden auf dem Wahlaussatz die Namen der Vorgesetzten nach der Reihenfolge des Vorschlags mit Nummern versehen. Auf dem Stimmzettel verzeichnet der Wähler die Nummer derjenigen Vorgesetzten bis zur Zahl der zu Wählenden, für die er sich entscheidet. Die Schriftführer sammeln mit Unterstützung aus der Mitte der Versammlung die Stimmzettel und stellen das Ergebnis fest. Gewählt sind die Vorgesetzten, die die meisten Stimmen erhalten haben; bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.“

Stimmzettel, welche zu viel oder nicht auf dem Wahlaussatz befindliche Nummern enthalten, werden nicht mitgezählt.“

Es ist durchaus notwendig, daß, wer sich an den Wahlen beteiligt, nicht etwa schreibt 1—14, sondern die einzelnen Nummern, also 1, 2, 3, 4 usw. Es bleibt aber jedem Wähler im Gegensatz zur alten Geschäftsordnung unbenommen, einzelne Nummern auszulassen. Ich bitte die Herren und Damen, Schriftführer und Schriftführerinnen, die Stimmzettel einzusammeln. Ich bitte, möglichst die Stimmzettel nicht zu knicken. Ich bitte die übrigen Damen und Herren, die Schriftführer zu unterstützen.

Meine Damen und Herren! Es sind 99 Stimmzettel abgegeben worden, davon 49 unbeschriebene. Ein Zettel war ungültig. Es haben Stimmen erhalten: Apelt 49, Bömers 49, Donandt 49, Gruner 49, Henrici 49, Habelmann 49, Knief 49, May 48, Meyer 49, Rastow 49, von Spreckelsen 49, Spitta 49, Stüdnath 48, Thalenhorst 48. Ich erkläre die Genannten hiermit für gewählt und darf von dieser Stelle aus Ihnen meinen herzlichsten Glückwunsch aussprechen.

Nr. II der Tagesordnung:

### Wahlen:

#### a) Verfassungsdeputation (14 Mitglieder).

Vorgeschlagen werden: Faust, Klawitter, Ludewig, Schmidt, Künkler, Stahlknecht, Ulrich, Diez, Meister, Schelter, Klemann, Becké, Dronke, Wenhold.

Präsident: Erfolgen weitere Vorschläge? Das ist nicht der Fall. Die Herren sind somit gewählt.

#### b) Budgetkommission (9 Mitglieder).

Es werden vorgeschlagen und gewählt: Hagedorn, Schmidt, Heuer, Meinert, Walsemann, Friede, Bußmann, Böhmert, Schurig.

Präsident: Ich bitte Herrn Bußmann, die Budgetkommission einzuberufen.

#### c) Baukommission (7 Mitglieder).

Es werden vorgeschlagen und gewählt: Lübemann, Bölte, Frank, Achelis, Kellner, Kaiser, Allerheiligen.

Präsident: Ich bitte Herrn Achelis, die Kommission einzuberufen.

#### d) Geschäftsordnungskommission (9 Mitglieder).

Es werden vorgeschlagen und gewählt: Lüdeling, Klawitter, Künkler, Stahlknecht, Diez, Frau Bardenheuer, Heinzler, Dronke, Dunkel.

Präsident: Nach der Geschäftsordnung werde ich selbst diese Kommission einberufen müssen.

#### e) Kommission wegen der Beamtengehälter usw. (9 Mitglieder).

Lüdeling (U. S.): Diese Kommission wird eine besonders umfangreiche Arbeit zu leisten haben. Ich schlage deshalb vor, sie auf 13 Mitglieder zu bemessen, statt auf 9.

Präsident: Sind die Fraktionsvorsitzenden darauf vorbereitet, weitere Vorschläge zu machen? Sonst würde ich vorschlagen, diese Wahl auszusetzen.

Wenhold (D.): Ich möchte empfehlen, die Kommission jetzt zu wählen. Wenn zwei Sitze offen blieben, dann könnten sie durch den Präsidenten ergänzt werden. Die Zahl ist auch ungleich, da zwei Fraktionen auf den 13. Platz Anspruch erheben. Ich möchte empfehlen, 14 Mitglieder zu wählen.

Präsident: Widerspruch gegen diesen Vorschlag erhebt sich nicht. Es werden also 14 Mitglieder für diese Kommission gewählt.

Es werden vorgeschlagen und gewählt: Schmidt, Lüdeling, Sommer, Frau Frank, Ebdorn, Kartmeyer, Marburg, Diez, Klemann, Schindelbauer, Heinzler, Dronke, Dopler, Unger.

Präsident: Ich bitte Herrn Lüdeling, diese Kommission einzuberufen.

Kartmeyer (D. B.-P.) zur Geschäftsordnung: Es würde eine Ersparnis an Zeit bedeuten, wenn in diesem Zusammenhang der Antrag unter XIX, betreffend Eingabe der Landschullehrer, behandelt wird. Ich wollte beantragen, daß dieser Antrag an die Gehaltskommission verwiesen wird.

Präsident: Sind Sie damit einverstanden, daß diese Eingabe der Kommission überwiesen wird? Das ist angenommen. Damit ist der Antrag unter XIX, betreffend Eingabe der Landlehrer, erledigt.

Wenhold (D.): Dann bitte ich, in Zukunft alle Eingaben von Beamten an diese Kommission sofort zu überweisen.

Präsident: Es ist folgender Dringlichkeitsantrag des Herrn Bolze eingegangen:

Die Bürgerschaft fordert den Senat auf, die Ausführung des Beschlusses der Nationalversammlung vom 1. Juni über Aufhebung des Eintrittsgeldes für die Freibadeanstalten unter Erlass einer entsprechenden Bekanntmachung sofort zu veranlassen.

Ich möchte hierzu bemerken, ich habe das bereits bei Eröffnung der Sitzung vorgetragen, es ist inzwischen eine Mitteilung des Senats in dieser Sache bei uns eingegangen, die in der nächsten Sitzung zur Behandlung kommt. Ist es unter diesen Umständen nicht angebracht, den Dringlichkeitsantrag zurückzuziehen?

Dr. Künkler (U. S.): Darf ich bemerken, wenn es sich darum handelt, Badeanstalten der ärmeren Bevölkerung zugänglich zu machen, ist die Dringlichkeit ohne weiteres gegeben, namentlich jetzt in der Sommerzeit. Es würde sich vielleicht empfehlen, um die Mitteilung des Senats nicht vorbeigehen zu lassen, daß der Präsident die Mitteilung verliest.

Präsident: Es ist ein Bericht der Polizeidirektion, in welchem die Polizeidirektion sich ablehnend verhält.

Dr. Künzler: Um so mehr müssen wir über den Antrag verhandeln.

Präsident: Ich möchte noch zunächst folgenden Dringlichkeitsantrag verlesen:

Antrag des Herrn Jannack:

Die Bürgerschaft beschließt die sofortige Auflösung der Stadtwehr. Sie beschließt, eine parlamentarische Kommission einzusetzen zur Ueberwachung der restlosen Waffenabgabe. Der Kommission ist die Vollmacht zu geben, sofort alle Schritte einzuleiten, jeden legalen oder illegalen organisatorischen Zusammenschluß der bisherigen Stadtwehrformationen zu verhindern bzw. zu unterdrücken.

Ferner ist folgende Interpellation eingegangen von Herrn Sommer:

Durch Verordnung des Senats vom 1. Juli sind unter Zurückziehung der nach der Verordnung über wirtschaftliche Demobilmachung erlassenen Vollmachten, sämtliche auf Grund der allgemeinen Ermächtigung dieser Verordnung erlassenen Verordnungen außer Kraft gesetzt worden, darunter auch die Bekanntmachung des Demobilmachungsausschusses vom 3. und 31. Dezember 1918, wonach die Einstellung von Arbeitskräften ohne Mitwirkung des Zentralarbeitsnachweises verboten war. Statt dessen ist in einer weiteren Verordnung vom 1. Juli 1920, betreffend Anmeldung beim öffentlichen Arbeitsnachweis, den Arbeitgebern lediglich die Anmeldepflicht für offene Stellen auferlegt und auch den gewerbsmäßigen Stellenvermittlern ihre Wirksamkeit, nach Erfüllung der Anmeldepflichten, wieder freigegeben worden. Dieses ist geschehen, nachdem bereits der Nationalversammlung von ihrer Kommission ein Gesetzentwurf vorgelegt worden war, nach dem die Aufgabe der Arbeits- und Stellenvermittlung einem Arbeitsamt übertragen sein sollte.

Wie erklärt der Senat diese Maßregel, die die Einstellung von Arbeit- und Stellenjuchenden wieder der Willkür der Unternehmer überantwortet, die sich bereits in der Ausschließung politisch mißliebiger und Nichtberücksichtigung besonderer Notlagen äußert? Inwieweit war insbesondere darauf der Beschluß der Nationalversammlung vom 23. April 1920 von Einfluß, der seinem Wortlaute nach die materielle Regelung der Stellenbeziehung unberührt ließ?

Die Interpellation ist genügend unterstützt. Ich werde sie dem Senat mitteilen.

Herr Klenke teilt mit für die Fraktion der S. P. D.: „Ich teile hierdurch ergebenst mit, daß in die Bau-

deputation an Stelle von Herrn W. Kaiser Herr Janger eintritt.“

Dann möchte ich zunächst Herrn Bolke fragen, ob er die Dringlichkeit seines Antrages begründen will.

Bolke (U. S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Dringlichkeit ergibt sich von selbst. Herr Dr. Künzler hat schon betont, daß die Badezeit, die Sommerzeit, vorübergeht, wenn der Antrag noch nicht erledigt ist. Nun haben wir ja gehört durch den Herrn Präsidenten, daß die Polizeidirektion Widerspruch erhebt, und deswegen müßte schon der Antrag verhandelt werden, und ich bitte Sie deshalb, die Dringlichkeit zu belibien.

Die Dringlichkeit des Antrages wird angenommen.

Jannack (Komm.): Meine Damen und Herren! Es ist soeben in dem ersten Punkte hier eine Regierung gebildet worden. Gerade daher ist es notwendig, daß auch das Parlament die Grundlagen untersucht und daß Sie alle möglichen Grundlagen, die Sie ändern können vom parlamentarischen Standpunkte aus als Demokraten zu ändern haben. Weiter: Da die Stadtwehr bisher nicht eine Machteinrichtung des Staates war, nicht eine Machteinrichtung der Regierung, sondern ausschließlich eine Einrichtung der Reaktion, und da der gewählte Geschäftslenat versprochen hat, den alten Weg weiter zu gehen, erachten wir es als unbedingte Pflicht, daß sofort auch die Frage der Stadtwehr als die Grundlage, worauf sich die neue Regierung stützt, weiter behandelt wird. Ich komme dazu, zu erklären, was General von Seeckt der Entente gegenüber erklärt hat, wieviel Gewehre in Deutschland

Präsident: Ich kann derartige Ausführungen nicht zur Frage der Dringlichkeit zulassen.

Jannack: Weil die Lage in Bremen so ist, daß wir auf dem Posten sein müssen, beantragen wir die Dringlichkeit.

Wenhold (D.): Ich möchte einige grundsätzliche Ausführungen über die Dringlichkeit machen. Es sind heute eine Reihe von Dringlichkeitsanträgen gestellt worden, die wir nicht als dringlich bezeichnen können. Im letzteren Falle Bolke ist zweifellos eine Dringlichkeit gegeben. Bei einer Reihe von Anträgen in der vorigen Sitzung — ich erinnere an die Eingabe der Landschullehrer — ist die Dringlichkeit nicht gegeben. So ist es auch bei dem vorliegenden Antrag. Da ist eine Dringlichkeit nicht gegeben. Wir lehnen diesen Antrag auch ab, weil er politische Wirkungen hat. Wir haben keine Veranlassung, diesen Antrag jetzt schon zu verhandeln.

Klenke (M.-S.): Meine Damen und Herren! Auch wir lehnen die dringliche Behandlung dieses Antrages ab schon aus dem Grunde, weil uns Gelegenheit gegeben wird, bei der nächsten Beratung über diesen Gegenstand uns noch näher auseinanderzusetzen.

Faust (U. S.): Darf ich daran erinnern, daß der preussische Minister Braun gestern im Abgeordnetenhaus erklärt hat, daß die Einrichtungen der Stadt und Sicherheitswehren illegale Organisationen seien, gegen die er sofort einschreiten werde. Da wir nicht dulden können, daß solche illegale Organisationen in Bremen vorhanden sind, und auch der Geschäftslenat das nicht dulden dürfte, treten wir für die dringliche Behandlung dieses Antrages ein.

Sommer (U. S.): Meine Damen und Herren! Dieser Dringlichkeitsantrag wäre nicht mehr notwendig gewesen, wenn der Senat seine Pflicht getan hätte. Ich muß auch für die Dringlichkeit eintreten, denn wir haben schon Mitte Mai auf Grund der Verhandlungen in Berlin zwischen Gewerkschaftsbund, Beamtenbund und der Regierung eine derartige Eingabe gerichtet an den Senat, und verlangt, daß entsprechend auch in Bremen verfahren werde. Der Senat hat bisher auf diese Eingabe nicht geantwortet. Wenn die Sache dringend geworden ist, kann ich nur dafür eintreten. Es sind seitdem fünf Wochen vergangen.

Professor Dr. Dieß (D.-B.): Ich möchte sagen, daß meine Fraktion die Dringlichkeit ablehnen wird. Es muß dem neuen Senat Zeit gegeben werden, erst die ganze Sachlage zu prüfen.

Bußmann (M.-S.): Ich schließe mich für meine Fraktion den Ausführungen des Herrn Vorredners an.

Die Dringlichkeit des Antrages wird abgelehnt.

Der Antrag kommt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung.

Nr. III der Tagesordnung:

**Mitteilung des Senats vom 18. Mai 1920:**

**15. Einrichtung einer Körnersteinsabrik.**

Präsident: Der Senat bittet, diese Vorlage heute von der Tagesordnung abzusetzen. Ich nehme an, daß Sie damit einverstanden sind.

Die Vorlage wird von der Tagesordnung abgesetzt.

Nr. IV der Tagesordnung:

**Mitteilung des Senats vom 26. Mai 1920:**

**Gründung einer Bremer Moorgesellschaft Aktiengesellschaft.**

Die Vorlage wird von der Tagesordnung abgesetzt.

Nr. V der Tagesordnung:

**Mitteilung des Senats vom 19. Mai 1920:**

**Antrag, betreffend Hergabe von Staatsländereien für ländliche Siedlungen.**

Die Vorlage wird von der Tagesordnung abgesetzt.

Nr. VI der Tagesordnung:

**Mitteilung des Senats vom 18. Mai 1920:**

**17. Bebauungsplan für die Pagentorner und Schwachhauser Vorstadt.**

Der Antrag wird angenommen.

**18. Staffebau- und Gewerbeplan für das Stadtgebiet.**

Der Antrag wird angenommen.

Nr. VII der Tagesordnung:

**Mitteilung des Senats vom 28. Mai 1920:**

**4. Bebauungsplan für Teile der Altbremer Vorstadt und der Vorstadt Walle.**

Der Antrag wird angenommen.

**5. Abänderung des Gesetzes, betreffend das Pfandleihgewerbe.**

Präsident: Meine Damen und Herren! Es ist seitens einer Fraktion der Wunsch geäußert, daß zu diesem Gesetz ein Senatskommissar erscheinen möchte. Der Senat bittet darum, heute von der Verhandlung dieses Gesetzes abzugehen, da es leider nicht möglich war, den Regierungsrat, der ebenfalls dazu bestellt werden sollte, noch rechtzeitig zu erreichen. Ich nehme an, daß Widerspruch nicht erhoben wird.

Nr. VIII der Tagesordnung:

**Mitteilung des Senats vom 17. Mai 1920:**

**6. Vermehrung der Beamten der Staatsanwaltschaft.**

Wenhold (D.) zur Geschäftsordnung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte vorschlagen, auch diese Vorlage der Finanzdeputation gemäß meinen Ausführungen in der vorigen Sitzung zu überweisen.

Präsident: Dasselbe trifft auch bei den Punkten VIII. 8. (Trinkerversorgung) und VIII. 9. (Kindergärtnerinnenseminar und Einrichtung von Kindergärten) zu.

Wenhold: Dann bitte ich auch diese beiden Punkte so zu behandeln.

Präsident: Wird Einspruch dagegen erhoben, daß diese drei Vorlagen der Finanzdeputation überwiesen werden? Das ist nicht der Fall.

Die drei Vorlagen werden der Finanzdeputation überwiesen.

Nr. IX der Tagesordnung:

**Mitteilung des Senats vom 28. April und 30. Mai 1920:**

**Ankauf des Mißlerschen Grundstücks in Kattensesh seitens des Bremischen Staates.**

Präsident: Der Senat bittet, diese Vorlage heute abzusetzen. Ich nehme an, daß dagegen kein Widerspruch erhoben wird.

Nr. X der Tagesordnung:

**Mitteilung des Senats vom 21. Juni 1920:**

**1. Einführung der Einheitschule.**

Dazu liegt ein Antrag Künkler vor:

Die Bürgerschaft beschließt, daß dem Antrage der Schuldeputation auf Befragung des Reichsgerichts keine Folge zu geben sei, sondern gemäß der Verordnung vom 7. Januar 1919 in sämtlichen bremischen staatlichen Schulen kein Religionsunterricht zu erteilen sei.

Frau Vardenheuer (M.-S.): Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Ich möchte ein paar Worte für die Schuldeputation sagen. Ich möchte

darauf hinweisen, daß es sich bei dieser Mitteilung des Senats um eine rein informatorische Mitteilung handelt. Es sind weder Anfragen noch Anträge darin enthalten. Der Senat übernimmt für die Schuldeputation die Anfrage beim Reichsgericht. Die Verantwortung für den Antrag an den Senat muß die Schuldeputation allein tragen. Selbstverständlich steht den Mitgliedern dieses Hauses das Recht der Kritik zu. Ich bitte aber, dabei zu beachten, daß die schiefe Lage, in die die Schuldeputation gekommen ist, hervorgerufen ist durch die zwiespältige Haltung des Reichsministers des Innern. Es handelt sich bei dieser Anfrage beim Reichsgericht im Grunde auch nur darum, festzustellen, ob der Zustand, der hier in Bremen durch die Verordnung des Ausschusses für Bildung und Unterricht vom 17. Januar 1918 geschaffen ist, mit der Bestimmung der Reichsverfassung in Einklang zu bringen ist. Für meine Fraktion muß ich erklären, daß dieser Standpunkt der Schuldeputation bei der Mehrheit meiner Fraktion keine Billigung gefunden hat, daß meine Fraktion also den ersten Teil des Antrages Künkler, wenn dieser Antrag aufrecht erhalten bleibt, unterstützen wird, den zweiten Teil des Antrages Künkler allerdings nicht, weil wir für diese Schulen annehmen, daß für sie der Schutz des Artikels 179 der Reichsverfassung in Frage kommt.

Dr. Künkler (U. S.): Herr Präsident! Ich muß darauf hinweisen, daß es sich durchaus nicht um eine bloße informatorische Anfrage beim Reichsgericht handelt, sondern daß bei der Funktion, die das Reichsgericht nach der Reichsverfassung sowohl wie nach der ergangenen Ausführungsverordnung hat, das Reichsgericht darüber zu entscheiden hat, daß die Entscheidung des Reichsgerichts, die nachher im Reichsgesetzblatt zu veröffentlichen sind, die Wirkung eines Gesetzes haben, daß also die Schuldeputation oder der Senat, der diese Anfrage an das Reichsgericht richtet, statt selbst die Gesetze, die unzweideutig sind, auszuführen, sich an eine dritte Stelle wendet und dieser die Entscheidung in die Hände legt, und daß wir Grund zu haben glauben, daß diese Entscheidung in einem Sinne ausfallen wird, der durchaus nicht dem Geiste dieser Verordnung gerecht werden wird. Deshalb haben wir uns gegen diese Entschliebung der Schuldeputation gewandt, und ich halte es für selbstverständlich, daß, wenn das Haus im Sinne meines Antrages beschließen sollte, dann diese Anfrage beim Reichsgericht mit der Wirkung, die ich eben gekennzeichnet habe, unterbleibt. Wenn für die Schuldeputation nünmehr Frau Vardenheuer erklärt, daß diese Entschliebung der Schuldeputation lediglich durch die zwiespältige Stellungnahme des Reichsministers des Innern noch veranlaßt worden sei, so bestätigt das nur die Stellung, die ich für meine Fraktion seinerzeit gegenüber dieser Frage an den Reichsminister des Innern genommen habe. Es verhält sich mit dieser Anfrage an den Minister ebenso

wie mit der Anfrage an das Reichsgericht. Statt im eigenen Hause zu entscheiden und Stellung zu nehmen zu Fragen, die keiner Klärung mehr bedürfen, hat man sich an eine dritte Stelle gewandt, und ich kann die Vermutung nicht unterdrücken, daß das in der Absicht geschehen ist, eine Antwort zu bekommen, die man wünschte, die aber nicht so ausgefallen ist, weil dann dieser dritten Stelle selbst bange geworden ist vor der Auskunft, die sie seinerzeit gegeben hat, und sie jetzt den Senat und die Schuldeputation verdienstermaßen im Stich gelassen hat. Was den zweiten Teil des Antrages betrifft, so liegt es so, daß diese oberen Klassen der Vorschulen selbstverständlich unter das Recht der öffentlichen Schulen überhaupt treten, und daß keine Rede davon sein kann, wie der Artikel 174 der Reichsverfassung sagt, in Ansehung dieser Schulen einen Rechtszustand aufrecht zu erhalten. Ein Rechtszustand besteht nur in Ansehung des Instituts der öffentlichen Schulen, und der Rechtszustand ist klar der, daß kein Religionsunterricht stattfinden darf. Es ist aber überhaupt falsch, diesen Artikel 174 der Verfassung mit der Frage des Religionsunterrichts in Verbindung zu bringen, denn er bezieht sich allein auf die Bekenntnisschulen des Artikels 146 und nicht auf 149. Also es kann keine Rede davon sein, daß dieser zweite Teil des Antrages der Reichsverfassung Abbruch tut, und ich bitte, auch meinem Antrage stattzugeben in Ansehung des zweiten Punktes.

Der erste Teil des Antrages Künkler wird angenommen.

Der zweite Teil des Antrages Künkler wird abgelehnt.

## 2. Beurkundung von Verträgen öffentlicher Behörden über Bestellung von Erbbaurechten an staatlichen Grundstücken.

Bürgermeister Dr. Buff (D.-R.): Die Juristische Kommission hat nichts zu erinnern.

Dr. Künkler (U. S.): Herr Präsident! Für die Minderheit der Juristischen Kommission, die ich freilich allein darstelle, erkläre ich, daß ich die rechtlichen Ausführungen, die ich das letzte Mal gegen die Zulässigkeit dieser Bestimmung geltend gemacht habe, auch nach der Rücksprache in der Juristischen Kommission aufrecht erhalte. Ich meine, daß die Juristische Kommission in ihrer Mehrheit einen logischen Sprung gemacht hat, indem sie eine Bestimmung, die nach ihrem klaren Wortlaut lediglich für die Veräußerung von Grundstücken gilt, auf die Bestellung von Erbbaurechten angewandt hat, während nach der Verordnung über das Erbbaurecht nur § 313 des B.G.B. in Anwendung zu bringen ist. Ich meine, daß mit dieser Auffassung die Mehrheit der Juristischen Kommission

sich über einen logischen Grund hinweggesetzt hat, und ich konnte diesen Sprung über die Logik nicht mitmachen. Deswegen muß ich für die Minderheit der Juristischen Kommission diese Vorlage aus Rechtsgründen ablehnen.

Präsident: Wird Einspruch dagegen erhoben, daß die Bürgerschaft diese Vorlage in einer Sitzung verhandelt? Das ist nicht der Fall.

Die Vorlage wird mit 44 gegen 37 Stimmen abgelehnt.

Nr. XI der Tagesordnung:

## Mitteilung des Senats vom 20. Juni 1920:

### 5. Nachbewilligung auf das Spezialbudget Nr. 119 „Handelskammer“ für 1919.

Dr. Künkler (U. S.): Herr Präsident! Ich muß erklären, daß wir bei der Stellung, die wir gegenüber der Handelskammer, der Organisation des Unternehmertums, einnehmen, wir gegen die Vorlage sind, zumal wir uns auch von der Notwendigkeit dieser Ausgaben nicht in allen Punkten überzeugen können.

Die Vorlage wird angenommen.

Präsident: Es sind einige Anträge bei mir eingegangen, die nicht genügend unterstützt sind. Die Herren wünschen, daß ich die Unterstützungsfrage stelle. Wer unterstützt die Anträge? Die Unterstützung ist abgelehnt.

Dr. Künkler (U. S.) zur Geschäftsordnung: Herr Präsident! Es werden Anträge präsentiert, die uns vorher mitgeteilt worden sind. Da die geschäftsmäßige erforderliche Unterstützung der Anträge nicht vorhanden war, sind die Antragsteller an uns herangetreten mit der Frage, ob sie Unterstützung fänden. Wir haben uns aus bestimmt bezeichneten Gründen, weil wir unsere Fraktion darüber befragen mußten, eine Erklärung vorbehalten. Ich muß meine Freunde von links fragen, welche Absichten sie damit verfolgen, die Anträge mit dieser Frage einzureichen, lediglich um den Anschein zu erwecken, wir hätten die Unterstützung dieser Anträge abgelehnt? Wenn dies etwa behauptet werden sollte, so würde das eine Unwahrheit sein, denn wir haben ausdrücklich erklärt, daß wir uns die Stellungnahme vorbehalten.

Präsident: Das Präsidium beschließt unter diesen Umständen, die Anträge nicht weiter bekannt zu geben, da sie nicht genügend unterstützt sind.

Herr Wenhold teilt mit, daß für Herrn Knief Herr Dr. Böhmert in die Finanzdeputation, und für Herrn H. S. Meyer Herr Schurig in die Steuerdeputation eintreten.

**6. Antrag, betreffend Beihilfen für die Eltern geistesschwacher, anstaltsbedürftiger Kinder.**

Der Antrag wird angenommen.

**7. Verkauf des Grundstücks Seeren Nr. 2.**

Der Verkauf wird gegen die Stimmen der U. S. genehmigt.

**8. Ankauf des Grundstücks Greifswalderstraße, Kataster-Bezeichnung Vorstadt R 29 Nr. 156.**

Der Ankauf wird genehmigt.

**9. Jahresbericht des Tonnen- und Vakenamts.**

Garves (D.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Schon früher ist es vorgekommen, daß uns derartige Jahresberichte zu spät zugewiesen werden. Ich muß dringend bitten, daß uns Berichte für das Jahr 1918 wenigstens 1919 zugehen. Gerade dieses Amt ist mit den Berichten rückständig.

Präsident: Ich werde die Bitte weiterleiten. Im übrigen nehmen wir den Bericht dankend zur Kenntnis.

**10. Jahresbericht des Hygienischen Instituts für 1919.**

Unger (D.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Am 23. Januar wurde der Nationalversammlung der Jahresbericht für 1918 vorgelegt. Bei dieser Gelegenheit hat Herr Knief einen Antrag gestellt, der bisher noch nicht erledigt ist. Der Antrag lautet:

Die Nationalversammlung ersucht den Senat, die Polizeidirektion, Abteilung 2 (Medizinalamt), zu beauftragen, darüber zu berichten, welche Erfahrungen mit der seitherigen Art der Ueberwachung des Milchverkehrs erzielt wurden, insbesondere wie viel Milchfälscher in den letzten zwei Jahren zur Bestrafung gelangt und in welcher Höhe die Strafen verhängt sind.

Auf diesen Antrag ist bis heute noch keine Antwort eingelaufen, und ich finde es bei der Wichtigkeit des Antrages für angebracht, daß der Senat darauf

antwortet und uns einen Bericht darüber vorlegt. Ich stelle deshalb folgenden Antrag:

Die Bürgerschaft erinnert den Senat an den Beschluß der Nationalversammlung vom 23. Jan. 1920 wegen der Ueberwachung des Milchverkehrs, und ersucht den Senat, die Polizeidirektion zu veranlassen, den in dem genannten Beschlusse gewünschten Bericht zu erstatten.

Präsident: Ich bitte die Damen und Herren, die dem Antrag Unger zustimmen wollen, sich zu erheben. Der Antrag ist angenommen. Im übrigen nehmen wir den Bericht dankend zur Kenntnis.

**11. Jahresbericht der Deputation für die Stadtbibliothek.**

Der Bericht wird dankend zur Kenntnis genommen.

Nr. XII der Tagesordnung:

**Mitteilung des Senats vom 23. Juni 1920:**

**2. Ampflasterung von Straßen zur Behebung der Arbeitslosigkeit.**

Präsident: Ich schlage vor, diese Vorlage der Finanzdeputation zu überweisen, ebenso auch die folgende Vorlage:

**3. Kriegsgefangenenheimkehr und Rotes Kreuz.**

Die Bürgerschaft stimmt zu.

**4. Jahresberichte der Deputation zur Verwaltung der öffentlichen Grundstücke für die Rechnungsjahre 1917 und 1918.**

Wenhold (D.): Ich möchte namens meiner Fraktion den Wunsch aussprechen, daß uns derartige Berichte früher zugehen, und möchte bitten, dem Senat eine allgemeine Mitteilung zugehen zu lassen. Wir benutzen diesen Anlaß, weil dieser Fall gerade traurig liegt und weil ähnliche Berichte noch rückständig sind. Ich bitte den Präsidenten, unser Bedauern über diese Verspätung zum Ausdruck bringen zu wollen.

Garves (D.): Ich kann verzichten, weil Herr Wenhold das ausgeführt hat, was ich sagen wollte. Es ist sehr bedauerlich, daß uns erst jetzt Berichte von 1917 vorgelegt werden.

Präsident: Die Bürgerschaft nimmt den Bericht entgegen und spricht ihr Bedauern aus, daß er so spät eingereicht worden ist.

Nr. XIII der Tagesordnung:

Mitteilung des Senats vom 26. Juni 1920:

2. Uebertragbarkeit von Posten des Haushaltsplanes der Zollverwaltung für das erste Halbjahr des Rechnungsjahres 1919, laufende Nr. 77 der Sonderhaushaltspäne für das Rechnungsjahr 1919.

Die Uebertragbarkeit wird ausgesprochen.

2. Blitzschutzanlage für das Fockemuseum.

Die Vorlage wird angenommen.

3. Umarbeiten im Verwaltungsgebäude am Hafen I.

Caspar (U. S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir hatten am 24. Oktober dem Bericht der Baudeputation unsere Zustimmung gegeben. Nachdem haben wir in Erfahrung gebracht, daß entgegen dem seinerzeitigen Beschluß die Unterweiserkorrektur, die sämtlich im Hafen-Verwaltungsgebäude untergebracht ist, nachträglich ausgeschaltet ist. Es scheint so, daß entgegen dem Bericht, das haben wir festgestellt, die Ueberschreitungen dadurch entstanden sind, daß man Umbauten vorgenommen hat, die von vornherein nicht vorgesehen waren, und nicht durch Steigerung der Baustoffpreise und der Stundenlöhne, daß dementsprechend der Bericht nicht der damaligen Baudeputation als Grundlage gedient haben kann. Aus diesem Grunde stimmen wir heute gegen den Bericht. Wir haben damals zugestimmt, nun ist aber von dem Projekt abgegangen worden und Umänderungen sind vorgenommen, die nach dem damaligen Beschluß nicht zu Recht bestehen.

Die Vorlage wird gegen die Stimmen der U. S. angenommen.

4. Nachbewilligungen auf den Haushaltsplan der Deputation für Häfen und Eisenbahnen für das Rechnungsjahr 1919.

Die Vorlage wird angenommen.

5. Polizeigebührengesetz.

Dr. Buff (D. N.): Für die juristische Kommission bitte ich, diesen Punkt abzusehen, da noch eine weitere Prüfung erfolgen muß.

Präsident: Ich nehme an, daß kein Widerspruch erhoben wird.

Nr. XIV der Tagesordnung:

Mitteilung des Senats vom 29. Juni 1920:

Instandsetzungskosten für die Parkwache Parkallee 160.

Präsident: Das ist eine Mitteilung, für die die Dringlichkeit beantragt ist. Sie muß aber vorher der Finanzdeputation überwiesen werden.

Nr. XV der Tagesordnung:

Mitteilung des Senats vom 30. Juni 1920:

1. Nachbewilligung auf das Spezialbudget Nr. 97, Straßenbau.

Präsident: Ich muß zunächst fragen, ob der Uebertragbarkeit zugestimmt wird, und dann über die Summe beschließen lassen.

Die Uebertragbarkeit wird beschlossen und die Summe von M 753 716.30 genehmigt.

2. Neue Straßenlinie für den Dobben von der Rembertistraße bis Dobbenweg und für den Dobbenweg.

Die Vorlage wird genehmigt.

3. Fortbildungsschule an der Weserbahn.

Die Vorlage wird von der Tagesordnung abgesetzt, da sie der Finanzdeputation überwiesen werden muß.

4. Gewährung einer Teuerungszulage an den früheren Waisenhausverwalter Albert Brandt in Bremerhaven.

Die Vorlage muß ebenfalls zurückgestellt werden.

5. Antrag, betreffend die Errichtung eines Postcheckamts in Bremen.

Allerheiligen (D.): Meine Damen und Herren! Es ist bedauerlich, daß die Reichsregierung es ablehnt, daß wir in Bremen als Hafen- und Handelsstadt ein Postcheckamt erhalten sollen. Wir werden keine Gelegenheit unbenuzt lassen, um erneut mit dem Antrage zu kommen, und hoffen, daß der Senat sein möglichstes tut, daß wir ein Postcheckamt errichtet bekommen.

Nr. XVI der Tagesordnung:  
**Mitteilung des Senats vom 28. Juni 1920:**  
**2. Grunderwerbssteuer.**

Dr. Huff (D.-N.): Die juristische Kommission hat keine Bedenken.

Fauth (M.-S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zu dem Gesetz selber habe ich nichts zu beantragen, denn die Steuer wird ja in voller Höhe erhoben. Was aber damit in unmittelbarem Zusammenhang steht, das ist die Besteuerung des unverdienten Wertzuwachses. Augenblicklich steht dieses Geschäft in vollster Blüte. Die Grundstücke, die heute gehandelt werden, weisen geradezu horrende Steigerungen auf, und wenn wir schon früher ein besseres Wertzuwachssteuergesetz gehabt hätten, dann hätte der Staat daraus jedenfalls große Summen ziehen können, um seiner schlechten Finanzlage etwas mehr aufzuhelfen. Ich erlaube mir darum, im Zusammenhang mit diesem Gesetz einen Antrag zu stellen, der dahin geht:

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, schleunigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher den unverdienten Wertzuwachs bei dem Verkauf von Grundstücken in erheblich höherem Maße besteuert, als dies durch das Reichsgesetz vom 14. Februar 1911 der Fall ist.

Die Kommission der Bremischen Nationalversammlung zur Erschließung von Grund und Boden hat, als sie mit der Beratung des damaligen Gesetzentwurfes, Selbsteinschätzung betreffend, zu Ende war, noch einen Beschluß gefaßt, der dahin ging, daß der bremische Senat dieser Kommission alsbald einen verbesserten Gesetzentwurf zur stärkeren Besteuerung des unverdienten Wertzuwachses vorlegen soll. Das vorzeitige Aufhören der Nationalversammlung hat es natürlich verhindert, daß dieser Kommission noch ein solcher Entwurf zugehen konnte. Ich möchte daher diese Gelegenheit nicht unbenutzt vorübergehen lassen, um heute einen solchen Antrag zu stellen.

Das Gesetz wird in einer Lesung angenommen, ebenso der Antrag Fauth.

**3. Errichtung einer Baracke für  
 geschlechtskranke Frauen auf dem Gelände  
 der Krankenanstalt.**

Die Vorlage muß zunächst der Finanzdeputation vorgelegt werden.

**4. Jahresberichte der Krankenanstalt und des  
 Sankt Jürgen-Asyls für 1918.**

Präsident: Ich nehme an, daß dasselbe Monitum auch für diesen Bericht gilt, da er aus dem Jahre 1918 stammt. Wir nehmen den Bericht entgegen und bitten in Zukunft um frühere Einreichung.

Nr. XVII der Tagesordnung:

**Antrag,**  
**betreffend Neuwahl der Kommission zur**  
**Untersuchung der Verhältnisse bei der Polizei.**  
**(9 Mitglieder).**

Die Bürgerschaft beschließt die sofortige Neuwahl der Kommission zur Untersuchung der Verhältnisse bei der Polizei, mit dem Auftrage, die begonnene Untersuchung über die Tätigkeit der Spitzelabteilung fortzusetzen, und diese Untersuchung auch auf die Einrichtungen und Personen auszudehnen, die das anonyme Fälscherplakat „Genossen, wacht auf! Hinein in die Regierung!“ herausgegeben haben.

Präsident: Für den Fall, daß der Antrag angenommen wird, sollen auch gleichzeitig die Mitglieder gewählt werden.

Faust (U. S.): Herr Präsident! Diese Kommission wurde seinerzeit gewählt auf Antrag des Herrn May unter Unterstützung der Demokraten, weil bei der Polizei etwas faul gewesen sein soll. Der Anlaß, der uns heute gegeben ist, die Neuwahl dieser Kommission zu beantragen, ist der gleiche. Auch wir haben festgestellt, daß bei behördlichen Organen, insbesondere bei der Sicherheitspolizei, etwas faul ist. Und daß etwas faul ist, hat eine frühere Verhandlung über das Vorkommnis im Parteibüro der unabhängigen sozialdemokratischen Partei ergeben. Ich darf kurz zurückblickend dieses schildern. Es wurde seinerzeit ein Beamter der Sicherheitswehr gefaßt, als er hinter der Tür, die zu dem Parteibüro der unabhängigen sozialdemokratischen Partei führte, die Gespräche, die in den Parteeräumen gehalten wurden, belauschte und abstenographierte. Die amtliche Eigenschaft dieses Mannes wurde erst abgeleugnet, es gelang uns aber infolge von Recherchen festzustellen, daß es sich um einen Hilfsbeamten der Nachrichtenabteilung der Sipo handelte. Die Kommission zur Untersuchung dieses Falles hat dann auch unter Assistenz des Herrn Polizeipräsidenten und eines Offiziers der sogenannten Recherchenabteilung am Wall 146 festgestellt und konstatiert, daß dieser Mann wohl ein Beamter der Sipo war. Er wurde also offiziell anerkannt. Damit fallen natürlich alle die Vermutungen ins Wasser, die in der derzeitigen Verhandlung, insbesondere von der demokratischen Partei und von Herrn Professor Dieß an den Fall geknüpft wurden, indem man einfach der Aussage eines Geschäftsmannes, des Herrn Granzow, Glauben schenkte, daß der Mann ein Privatangestellter seines Geschäfts sei. Diese Aussage ist also durch eine amtliche Bestätigung voll und ganz Lügen gestraft. Da nun zufolge der Neuwahl diese Kommission aufgelöst wurde, war es nicht möglich, den Fall zu verfolgen und insbesondere festzustellen,

ob die Behörden die Konsequenzen aus dieser Entlarvung gezogen und sowohl diesen Mann entlassen als auch das fluchwürdige Geschäft der Bespizelung politischer Parteien unterbunden hätten. Um das festzustellen, beantragen wir heute die Neuwahl der Kommission.

Im Zusammenhang damit ist es nun äußerst interessant, daran zu erinnern, was bei der Behandlung eines früheren ähnlichen Antrages vom Regierungstische, vom Bürgermeister Deichmann, zu der Bespizelung politischer Parteien gesagt worden ist. Solch amtliches Stenogramm ist nämlich eine ganz verflüchtete Einrichtung, und ich darf also verlesen in wenigen Zeilen —

Präsident: Dieses Stenogramm ist ja allen Herren bekannt.

Faust: Ich will nur anführen — es sind zwei Zeilen — daß Bürgermeister Deichmann auf eine von unserer Fraktion gestellte Anfrage folgende Auskunft gegeben hat:

„Dem Senat ist nicht bekannt, daß irgend eine bremische Dienststelle Rechercheure beschäftigt, welche politische Parteien oder Personen beobachten.“

Es wird hiermit durch diese Gegenüberstellung von einer Aussage des Bürgermeisters und von einer Amtsbehörde festgestellt, daß einer von den beiden unbedingt nicht die Wahrheit gesagt hat. Die Untersuchung der Kommission stellte fest, daß der Bürgermeister Deichmann derjenige gewesen ist, der die Wahrheit gesucht hat, aber das Gegenteil fand! Es ist durch die Untersuchung der Kommission somit festgestellt, daß eine amtliche Bespizelung politischer Parteien in vollem Umfange bestand und noch besteht. Es wird aber jeder von Ihnen in dem Hause der Ansicht sein, daß das ein ganz unwürdiger Zustand ist und daß wir als stärkste politische Partei es nicht ertragen werden, daß irgend eine Behörde, insbesondere nicht die Sicherheitspolizei, die ja auf Kosten der Steuerzahler lebt, ihre Aufgabe dahin auffaßt, daß sie Rechercheure, alias Spigel, beschäftigt, die jeder einzelne anständige Mensch auch als Subjekte empfindet, in die Räumlichkeiten einer politischen Partei schießt, um Geheimnisse zu erlauschen. (Zuruf Garves: Wegen des Briefes der „Nachrichten“!) Ich bitte Sie, Herr Garves, im Anschluß zu beantragen, daß dieser Fall von der Kommission auch untersucht wird. Wir stimmen zu. Wir werden Ihnen dabei behilflich sein, und hoffen, daß Sie uns auch unterstützen werden bei unserem Fall.

Die Kommission hat noch eine andere Feststellung gemacht. Sie hat auf Grund einer Anzeige bei einem Kirchendiener, bei dem katholischen Kirchendiener der Sankt Johannis-Gemeinde, eine Haussuchung stattfinden lassen. Voraussetzen muß ich, daß, um über-

haupt eine Haussuchung vornehmen zu dürfen, es die allergrößten Schwierigkeiten gegeben hat, weil die Polizeibehörde der interparlamentarischen Kommission auch jede Befugnis abstreitet. Es müssen also, wenn diese Kommission zusammengesetzt ist, insbesondere ihre Kompetenzen festgesetzt und abgegrenzt werden. Es ist nicht erträglich, daß irgend ein Polizeibeamter, der doch auch nur einer untergeordneten Behörde angehört, sich das Recht anmaßt, Kommissionen zu beschränken in der Ausübung der elementarsten ihrer Funktionen, wie es da geschehen ist. Schließlich hat der Polizeipräsident sich doch bereitfinden lassen, diese Haussuchung zu gestatten, und es gingen einige Mitglieder der Kommission im Verein mit Kriminalbeamten zu dem Kirchendiener und fanden bei ihm einen Fragebogen der sogenannten Pinkerton-Gesellschaft. Ich weiß nicht, ob ich hier ausführen soll, was die Gesellschaft ist. Es ist eine unter dem Titel „Deutsche Wirtschaftsgesellschaft“ in Berlin fungierende große Spigelgesellschaft zur Bespizelung der politischen Parteien. Dieser Fragebogen dehnt sich nicht etwa aus nur auf die Bespizelung der Kommunisten und Unabhängigen, sondern es war insbesondere auch die mehrheitssozialistische Partei dabei in Berücksichtigung gezogen, deren Stärkeverhältnis und alles mögliche, was irgend eine Offiziersklique oder Kapitalistenklique als wissenschaftlich erachtete. Bei diesem Kirchendiener wurde weiter nichts gefunden, und als der Mann uns persönlich vorgeführt wurde, machte er in der Tat einen so harmlosen Eindruck, daß wir nicht weitere Verfolgung dieser Person beantragen wollten. In der Zwischenzeit hat sich aber herausgestellt, daß ein Offizier, dessen Name bekannt ist, und ein Mitglied der Stadtwehr, der Koch heißt, sich mit diesem Kirchendiener wieder in Verbindung gesetzt haben und ihn aufgefordert haben, unter keinen Umständen noch irgend etwas zu verraten von dem, was er wußte. Ich führe den Fall nur an, damit Sie sehen, daß die Kommission wohl Berechtigung hat, zu fungieren. Andere amtlich festgestellte Fälle sind ja auch der weitesten Öffentlichkeit bekannt geworden, so z. B. daß zwei beamtete Mitglieder der Sipo, ebenfalls Angehörige dieser Recherchearbeitung, Keiner und Sprenger, Anlaß dazu gegeben haben, daß der Kommunist Felix Schmidt 82 Tage unschuldig in Untersuchungshaft zurückgehalten wurde. Das ganze „Verbrechen“, das ihm untersuchen wurde, war eine Gedächtnisrede, die er am 9. November anlässlich des Revolutionsgedenktales in einer öffentlichen Versammlung gehalten hatte. Der anwesende Spigel notierte sich irgendwelche zusammenhanglose Sätze, aus denen dann eine Anklage wegen Aufreizung zum Klassenhaß oder Verstoß gegen irgend einen vorsintflutlichen Paragraphen herausdestilliert wurde. Nachdem der Mann 82 Tage in Untersuchungshaft war, wurde er dem Gericht vorgeführt, und das Gericht — — —

Präsident: Könnten wir nicht diese Geschichte einer Kommission anheimgeben?

Faust: Ich will den Herren nur eindringlich vor Augen führen, daß sie die Kommission nicht ablehnen dürfen. Diese beiden Spigel wurden also vom Gericht als nicht vertrauenswürdig abgelehnt. Sie sind aber heute noch Mitglieder der Sipo und stehen in amtlichen Diensten. (Hört! Hört!) Nun ein anderer Fall.

Präsident: Ist das nötig? — (Zuruf von Garves.)

Faust: Ich verzichte, — Herr Garves hat wieder „schlechte Luft“. (Garves: Wer verursacht denn die schlechte Luft? — Große Heiterkeit.) Ich verzichte aus Rücksicht auf Herrn Garves und seine empfindsame Nase auf die Schilderung weiterer Verhältnisse aus der Spigelloale, um zu dem Fall zu kommen, der die Deffentlichkeit in weit größerem Maße beschäftigte. Das ist das gefälschte Plakat: „Genossen, wacht auf!“

Es ist ein merkwürdiges Zusammentreffen, daß gerade heute, wo sich jede Partei weigert, in die Regierung einzutreten, man die Leute nicht gefragt hat, die damals durch Plakate dazu aufforderten. Vielleicht hätte man da den geeigneten Geschäftslenat finden können, (Wenhold: Oh, Oh!) — Sie gehören nicht dazu, Herr Wenhold — als die Frage der Regierungsbildung kritisch war. Sie ist ja auch heute noch kritisch. Es hat also eine Stelle, deren genaue Persönlichkeiten und nähere Umstände von dieser Kommission festgestellt werden müssen, ein Plakat in die breiteste Deffentlichkeit geschleudert, welches anfängt: „Genossen, wacht auf!“ Ich verzichte darauf, den Inhalt zu verlesen. Das Schlusswort lautet: „Genossen, hinein in die Regierung!“ Das Plakat war, was äußerlich schon recht typisch ist, typographisch derart verunstaltet, daß es seine Herkunft verschleiern sollte. Gedruckt war es in der erstklassigen Druckerei von Hundel, der Druckerei des Bürgerausschusses, die auch die Wahlplakate des Bürgerausschusses hergestellt hat. Aber in diesem Plakat sind in stümperhafter Weise Buchstaben zusammengeschustert worden, die den Eindruck erwecken sollten, als sei das Plakat in irgend einer Kellerquetsche hergestellt. Man hat verschiedene Schriften und falsche Typen benutzt, Buchstaben und Zeilen auf den Kopf gestellt, um eben die Herkunft zu verschleiern. Man hat bei dieser Gelegenheit selbst gegen das Publikationsgesetz verstoßen, indem man, was sonst üblich ist und wogegen sonst immer von der Staatsanwaltschaft eingeschritten wird, wenn solche Manipulationen von den Linksparteien vorgenommen werden, die Druckfirma weggelassen hat. Ob inzwischen dagegen eingeschritten ist, haben wir noch nicht gehört, auch das festzustellen wird die Kommission den Auftrag

haben. Daß dieses Plakat von der Druckerei Hundel gedruckt ist, die auch das Spigelblatt „Der Rote Sand“ herstellt, das ist von mir persönlich festgestellt worden, indem man auf telephonischen Anruf erklärt hat, daß man uns von diesem Plakat einige Exemplare hergeschickt hätte, wenn sie nicht zufällig schon an das Plakatinstitut Scheller geschickt worden wären. Damit hat Hundel selbst zugegeben, daß er das Plakat gedruckt hat. Das Plakatinstitut Scheller hat zugegeben, daß es den bezahlten Auftrag zum Anschlagen erhalten hat. Nun ist es äußerst interessant, daß aus dem Geschäftsbuch dieses Plakatinstituts hervorgeht, daß der Auftraggeber, der das Anschlagen des Plakats in Auftrag gegeben hat, nicht mit seinem vollen Namen angegeben ist, sondern mit N. N. Das ist doch ein neues Verdachtsmoment, das darauf schließen läßt, daß man mit diesem Plakat eine ganz gewaltige Schiebung vorhatte, eine Schiebung, die ja heute leider von Herrn Bußmann in so beredter Weise unterstützt wurde, indem er bei dem Bericht zur Regierungsbildung —

Präsident: Sie dürfen Herrn Bußmann nicht vorwerfen, daß er eine Schiebung unterstütze! — (Göze: Nur mit alten Möbeln!) — Diesen Ausdruck muß ich mir ganz entschieden verbitten! (Zuruf: So etwas kann auch nur Göze sagen!)

Faust: Es fällt uns nun schwer, positiv eine Persönlichkeit zu nennen, die für dieses Plakat verantwortlich ist. Wüßten wir sie, so hätten wir selbstverständlich die ganze Untersuchung nicht nötig. Nun hat der Bürgerausschuß in einer Erklärung in der bürgerlichen Presse bekundet, daß er das Plakat erkennen lernte, nachdem es der Deffentlichkeit übergeben war, daß ihm aber der Urheber nicht bekannt war. Indem der Bürgerausschuß dieses Wort „war“ ausspricht, gibt er doch selbst zu, daß er jetzt den Urheber kennt, und das wird also ein wertvoller Fingerzeig für die Kommission sein. Diese Persönlichkeit wird selbstverständlich nicht im offiziellen Bureau des Bürgerausschusses sitzen, denn das ist die Vorderfassade. Der Bürgerausschuß hat aber auch Kaskemmen, er hat auch Kellerlokale, er hat auch Hintertreppeneinrichtungen — — —

Präsident: Herr Faust, können Sie nicht ein bißchen kürzer sein?

Faust: Das festzustellen hat die Kommission allen Anlaß und alles Interesse, und sie ist dazu verpflichtet, in dem sie die Aufgabe übernimmt, die Herstellung, Verbreitung und Bezahlung dieses Plakats in einwandfreier Weise festzustellen.

Nun ist der Kommission von der rechten Seite des Hauses ja auch noch eine andere Aufgabe gestellt, indem Herr May beantragt hat, eine Untersuchung über das Verjagen der Polizei und der Sipo während der

letzen Krawalle vorzunehmen. (Professor Diez: Der Antrag ist zurückgezogen worden!) Er ist zurückgezogen? Das ist doch verwunderlich angesichts dessen, daß in den Kreisen des Herrn May in Versammlungen und Veröffentlichungen die allerschwersten Vorwürfe gegen die Polizei vorgebracht werden.

Präsident: Das gehört nicht mehr zu Ihrem Antrage.

Faust: Da die Kommission, deren Aufgaben ich eben skizziert habe, doch allerlei Arbeit haben wird und uns als stärkster Fraktion daran liegt, daß auch die andern Parteien mit maßgebenden Mitgliedern daran beteiligt werden, so beantragen wir schließlich, die Kommission von neun auf dreizehn Mitglieder zu verstärken.

Präsident: Ich möchte bemerken: es ist heute schon einmal ein solcher Antrag gekommen. Aber Sie wollen gütigst bedenken, meine Damen und Herren, es sind noch eine Reihe neuer Kommissionen zu wählen. Wir haben nur 120 Mitglieder in der Bürgerschaft. Ich mache Sie auf unsere Geschäftsordnung aufmerksam, wonach, wenn in einer dreizehngliedrigen nicht wenigstens sieben Mitglieder in einer Sitzung anwesend sind, die Beschlüsse der Kommission ungültig sind.

Benhold (D.): Ich wollte auf den Inhalt der Ausführungen des Herrn Faust nicht eingehen, sondern nur kurz Stellung nehmen zur Wahl einer Kommission überhaupt. Wenn Herr Faust davon ausgegangen ist, daß diese Kommission wegen der Verhältnisse bei der Polizei seinerzeit auf einen demokratischen Antrag hin eingesetzt worden sei, so verwechselt er da die Aufgaben der alten und der jetzigen Kommission. Die Kommission, die seinerzeit auf unsern Antrag hin eingesetzt wurde, war ein besonderer Ausschuß im Anschluß an die Haushaltsberatungen zur Beratung einiger Fragen, die im Haushaltsausschuß nicht genügend geklärt schienen, besonders finanzieller Art. Auf Ihren Antrag, dem wir widersprochen haben, sind die Befugnisse dieses Untersuchungsausschusses später erheblich erweitert worden. Es liegt nun so, daß wir grundsätzlich die Notwendigkeit eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses nur für die Fälle anerkennen können, in denen der Regierung eine grobe Verletzung in der ordnungsmäßigen Führung der Geschäfte nachgewiesen werden soll. Wenn wir der Ueberzeugung sind, daß eine solche Pflichtverletzung seitens der Regierung vorliegt, dann wäre es Aufgabe eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses, dem nachzugehen, und so ist es auch in den anderen parlamentarisch regierten Staaten. In den vorliegenden Fällen handelt es sich aber um Aufgaben, die durchaus in den unmittelbaren Bereich der Polizei fallen, und wenn diese nicht in genügendem Umfang für die Durchführung der ihr

übertragenen Aufgaben sorgt, dann ist der Senat die vorgeordnete Behörde, der das Notwendige veranlaßt und von dem wir überzeugt sind, daß er die erforderlichen Untersuchungen mit dem nötigen Nachdruck führen würde. Wir lehnen daher eine Kommission ab.

Miller (Komm.): Schon unter dem System Bismarck arbeitete das Spitzeltum in ausgezeichneter Weise. Und unter der Regierung Seiner bürgerlichen Hoheit des dicken Fritz Ebert (Pfuiruse) hat sich dieses System zur höchsten Blüte entfaltet. Wir sind der Meinung, daß man durch Kommissionen derartige Dinge nicht aus der Welt schaffen kann. Kommissionen werden da herzlich wenig machen können. Wir wissen, daß das Lockspitzeltum ein notwendiger Bestandteil des kapitalistischen Systems ist, und wir wissen, daß dieses Lockspitzeltum heute ganz besonders nicht nur hier in Bremen, sondern in ganz Deutschland gegen die linksstehenden Parteien angewandt wird. Ich brauche nur zu erinnern an die Enthüllungen während des Prozesses wegen der Ermordung des Spitzels Blau in Berlin. Es hat sich dabei herausgestellt, daß der Lockspitzel auch heute noch eine ganz niederträchtige Rolle spielt, daß das Lockspitzeltum gezüchtet wird unter einem Regime der mehrheitssozialistischen Partei, und daß diese Partei für alle diese Dinge in starkem Maße verantwortlich gemacht werden muß. (Waigand: Und die Kommunisten? — Fauth: Die haben erst recht gespizelt!) Herr Waigand, seien Sie nur ruhig, Sie haben dieses System mitgezüchtet. (Waigand: Die Kommunisten haben die Spizel gezüchtet!) (Zu Waigand): Gehen Sie doch los. Hat nicht Ihre Regierung das Spitzeltum ausgenutzt gegen uns? Wie können Sie sagen, wir hätten das Spitzeltum gezüchtet?

Präsident: Herr Miller, reagieren Sie doch nicht auf die Zwischenrufe.

Miller: Herr Präsident, das müssen Sie schon mir überlassen. — Ich brauche Sie nur daran zu erinnern, daß auf Grund eines Spizelberichtes unser Genosse Felix Schmidt 82 Tage im Gefängnis gesessen hat. Das Gericht mußte ihn freisprechen. Die Sache liegt so, daß sich ein Spizel in eine Versammlung einschlich, so ein Bengel, der schickte dann einen Bericht an die Staatsanwaltschaft. Diese nimmt den Bericht als willkommene Gabe an und fundiert darauf ihre Anklage, und dann wird ein Mann auf 82 Tage eingesperrt mit nichts dir nichts auf Grund eines Berichtes eines erbärmlichen Wichtes, eines erbärmlichen Wichtes, ich wiederhole diesen Ausdruck, und die Regierung schweigt dazu, duldet dieses nicht nur, sondern unterstützt noch diese Dinge. Wäre es nicht Aufgabe des alten Senats gewesen, mit diesen Dingen endgültig aufzuräumen? Sie (zu den Mehrheitssozialisten) hatten doch die Mehrheit im Senat. Ich meine, Sie konnten doch längst, nachdem eine sozialistisch

sein wollende Mehrheit im Senat sah, derartige Zustände aus der Welt schaffen. Man könnte diese Spitzelgeschichten ausdehnen, man könnte Bände darüber schreiben, wie gemein diese Leute vorgehen. (Lachen rechts.) Sie lachen darüber, weil diese Leute in Ihrem Interesse arbeiten. Sie schämen sich nicht, derart hundsgemeine Mittel anzuwenden. Faust sprach davon, daß das ein unwürdiger Zustand sei, ich meine, der Zustand ist würdig dem gegenwärtigen System, das die Arbeiter unterdrückt. Meine Damen und Herren! Ich glaube, man braucht darüber nicht allzulange zu reden. (Sehr richtig! rechts.) Ich bin der Meinung, diese Dinge können nur aus der Welt geschafft werden, wenn die Trabanten der Gegenrevolution zum Teufel gejagt sind. Solange wird es gemeine Subjekte geben. Deshalb braucht man nicht allzulange darüber zu reden. Aber eins noch. Ein paar Worte an die U. S. P. (Lachen und Zurufe rechts.) Ich will Ihnen etwas sagen. Wenn wir an der U. S. Kritik üben, so müssen Sie uns die Art und Weise schon überlassen. Aber das sage ich Ihnen, daß wir uns trotz alledem mit den U. S. aus Klassenolidarität einig fühlen, wenn es gegen Sie geht und Ihre Schweinerei. Der Herr Präsident hat den Genossen Faust häufiger unterbrochen. Ich weiß nicht, warum dieses geschieht. Die Dinge, die Faust aufdeckte, klangen wahrscheinlich den Parteien, die dafür verantwortlich sind, sehr unangenehm in den Ohren. Wenn man aber schon soviel darüber geschrieben hat, dann hat man auch das Bedürfnis, darüber viel zu reden. Ich muß da den U. S. den Vorwurf machen, daß sie, als das bewußte Plakat angeschlagen war, wie ein junger Hund um sich gebellt und gebissen haben. Wie ein junger Hund, der an jedem Auto hinaufbellt.

Präsident: Das beziehen Sie doch nicht auf die Anwesenden?

Miller: Das bezieht sich besonders auf die Redaktion der Arbeiter-Zeitung, die herabgesunken ist, daß es bald nicht mehr tiefer geht.

Präsident: Das bezieht sich doch nicht auf die Mitglieder der Arbeiter-Zeitung, die hier sind?

Miller: Nein, Herr Präsident, seien Sie doch nicht zu ängstlich. Die Arbeiter-Zeitung schrieb damals:

„Aha, jetzt haben wir sie. Das ist Spartakus gewesen, das Plakat ist in einer Spartakusquetsche hergestellt, oder es kann auch sein, daß es die M.-S. war, aber es kann auch sein, daß es der Bürgerauschuß war.“

Alle ihre „Feinde“ zählte sie auf. Faust hat heute nicht davon gesprochen. Faust, Sie brauchen nicht zu lachen, nicht jede Proletariierpartei ist in der Lage, sich eine Bankrotationsmaschine anzuschaffen. Das war am 12. Juni. Am 14., in der nächsten Nummer,

haben die Spitzelfänger herausgefunden, was jeder einigermaßen vernünftige Politiker von vornherein hatte sehen können. Als ich ein solches Plakat am dem Morgen zu Gesicht bekam, da sah ich, daß keine Unterschrift darunter war, und habe, ohne mich zu besinnen, mit Blauftift „Bürgerauschuß“ darunter geschrieben. Die Arbeiter-Zeitung und die U. S. sah sich aber erst nach allen Richtungen um, bis sie die Attentäter endlich entdeckt hatten. Dann hieß es: Halt, jetzt haben wir ihn, und ihr andern, seid so freundlich: Entschuldigt! Am nächsten Tag ging's wieder anders. Da hieß es: Genossen, Genossen, die Kommunisten mit den Deutschnationalen Arm in Arm. Genossen, paßt auf. Ihre Plakate schaden uns nichts. Da wurden wir wieder mit den Deutschnationalen in einen Topf geworfen. Ich bitte zu verfolgen, am 12. 14. und 15. Juni und zwar in einem Stil wie der Oldenburger Residenzbote oder die bekannte Gerichtszeitung. Seien Sie (zu den U. S.) ruhig, Ihre Genossen teilen mein Urteil über die Arbeiter-Zeitung. (Lärm bei den U. S. Zurufe: Die Deutschnationalen freuen sich.) Ich sage das ausdrücklich, und wenn Sie sich totfreuen, habe ich nichts dagegen. Ich werde sagen, was notwendig ist. Diese Purzelbaumschlägerei muß einmal festgenagelt werden. Ich hoffe, daß unser Freund Hacknack die Dinge so bringen wird, wie sie besprochen werden, und nicht wie in — — —

Präsident: Es ist nicht angängig, daß Sie die Presse beeinflussen. (Starker: Spielt auch keine Rolle.)

Miller: Im großen und ganzen bin ich der Meinung: Wir haben gegen die Einsetzung der Kommission nichts, auch nicht dagegen, daß sie auf 13 Mitglieder erhöht wird, wir selbst werden uns aber nicht daran beteiligen. Diese Dinge können nur beseitigt werden durch den Kampf und Sieg der arbeitenden Klasse.

Bußmann (M.-S.): Mein Freund Miller hat mir die Sache leicht gemacht und mich der Beweisführung entbunden, daß wir nicht die Urheber des Plakates sein können. Wir werden dem Antrag auf Einsetzung dieser Kommission zustimmen gerade aus der Erfahrung aus der Kommission für polizeiliche Angelegenheiten heraus. Wir halten es auch für dringend notwendig, daß eine solche Kommission besteht, das ist auch der dringende Wunsch der Beamten und der Beamtenauschüsse selbst, damit sie auf diesem Wege mit dem Parlament verkehren können. Herrn Wenhold muß ich sagen, daß Herr May damals seinen Antrag ausdrücklich deshalb gestellt hat, weil er meinte, die Polizei sei zu lau. (Sehr richtig!) Jetzt ist eine große Erregung unter den bremischen Polizeibeamten wegen der oben beschimpfungen über ihr Verhalten während der Lebensmittelputsche. Wir haben alle Verantwortung, und die

Polizeibeamten haben denselben Wunsch, daß klargestellt wird, wo eine Pflichtverletzung vorliegt und ob das Verhalten der Polizei richtig war. Bei meinen Ausführungen zur Senatswahl habe ich darauf hingewiesen, daß uns viele Beschwerden zugehen darüber, daß viele Beamte der Sicherheitspolizei wohl deshalb entlassen werden, weil sie sich in den Kapp-Tagen für die Regierung einsetzten. (Wenhold: Unerhört!) Herr Wenhold, wenn Sie Ihren Zwischenruf ernst meinen, dann stimme ich Ihnen in diesem „Unerhört“ zu. Die Dinge lassen sich so nicht weiter treiben. Wir sind aus sicherer Quelle Mitteilungen gemacht worden, daß bei der Nachrichtenstelle vier Offiziere und fünf Rechercheure beschäftigt werden. Auch zu dieser Frage bitte ich die Kommission Stellung zu nehmen, und zu der Frage, ob es nötig ist, daß bei der Sicherheitspolizei so viele höhere Beamte beschäftigt werden. Das sind die Fragen, mit denen wir uns heute zu beschäftigen haben. Es muß Aufgabe dieser Kommission sein, dort mitreden zu können. Wenn Herr Faust heute den Antrag gestellt hat, die Kommission auf 13 Mitglieder zu erhöhen, so sind wir der Meinung, daß doch wohl 9 Mitglieder für diese Kommission genug sind, weil die meisten Mitglieder meiner Fraktion mit Arbeit überbürdet sind. Wir stimmen aber dem Antrage des Herrn Faust zu. Wenn Herr May seinen Antrag zurückgezogen hat, dann nehmen wir ihn auf, damit

die Kommission auch zu untersuchen hat, wie das Verhalten der Polizei am 24. und 26. Juni gewesen ist.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Faust (U. S.): Ich will heute ausnahmsweise mal ganz links anfangen und feststellen, daß unser Freund Miller seinem Herzen mal gründlich Luft gemacht hat. Das ist für uns eine Freude. Es beweist, daß er geladen war, und wenn ein Gegner oder einer, der sich als Gegner präsentiert — — —

Präsident: Herr Faust, gehört das zu dem Antrag?

Faust: Jawohl — in derartiger Weise sich herausnimmt, gegen eine auswärtig stehende Redaktion vom Leder zu ziehen, so beweist es doch, daß wir allen Grund haben, uns zu freuen, auf dem richtigen Wege zu sein. Genosse Miller hat dabei gerügt, daß wir auch auf seine Partei Verdacht gehabt haben. Er weiß aber am allerbesten, daß gerade in seiner Partei bis in die einflussreichsten Posten hinauf Leute stehen, denen man wohl zutrauen kann, daß sie eine solche Fälschung begehen. (Sehr richtig! bei den U. S., Widerspruch bei den Komm. Miller ruft: Einen Beweis!) Ein Beweis ist, daß aus den intimsten Verhandlungen des Vorstandes der Kommunistischen Partei Angelegenheiten an die Öffentlichkeit, insbesondere durch die

Spiegelabteilung an deren Organ, den „Roten Sand“, gelangt sind, die nicht anderswoher stammen können als von Leuten, die an diesen Sitzungen teilgenommen haben. Ein zweiter Beweis — — — (Zuruf Miller: Das kann man doch nicht offiziell der Partei anhängen!) Das ist es ja eben. Diese Spiegel gehören offiziell der Partei an, aber nicht innerlich. Ein zweiter Beweis, daß ein einflussreiches früheres Mitglied der Kommunistischen Partei sich an solchen Maßnahmen beteiligt hat, ist die heutige Veröffentlichung in der Arbeiter-Zeitung, daß die Schröder-Wahnke, die geborene Spiegelin, ein Teufelsweib, die Anstifterin der Putzche war, die hier in Bremen unter dem Räte der Volksbeauftragten stattgefunden haben, daß diese Spiegelin den gleichen Personen nahesteht, die das Fälscherplakat zu verantworten haben, daß sie der Anlaß war zu dem Bankputsch in Bremen, daß sie einer der Anlässe war zu dem Blutbad vom 4. Februar, und daß wahrscheinlich diese abgefälschte Spiegelin die Verfasserin des berüchtigten Reichmannschen Geheimprotokolls ist. Offiziell gehörte sie zur Kommunistischen Partei. Also ich will damit nur beweisen, daß wir Grund haben, Mißtrauen zu hegen gegen solche Sachen und Personen. Heute erst hat z. B. der Genosse Breitmeyer sich in dem gleichen Sinne geäußert wie jenes Plakat, indem er von uns verlangt hat, beinahe mit den gleichen Worten, die in dem Plakat niedergelegt sind, daß wir in die Regierung eintreten. Wenn Genosse Miller dann weiter angeführt hat — — —

Präsident: Ich stelle die dringende Bitte an Sie, sich kurz zu fassen, es ist gleich 8 Uhr. Der Antrag hat eine Stunde in Anspruch genommen, und wir möchten auch noch die anderen Anträge verhandeln.

Faust: Ich will also die Freunde von links verlassen; wir werden uns noch persönlich auseinandersetzen. Diese Angelegenheit war nicht geeignet, hier auseinandergesetzt zu werden, der Herr Präsident haben aber Miller daran nicht gehindert.

Herr Bußmann hat mit Recht angeführt, daß die ganze Nachrichten-Einrichtung, die die Sicherheitspolizei sich geschaffen hat, unbedingt verschwinden muß. Bedenken Sie, meine Herren, daß diese Spiegel, die in der Weise gezeichnet worden sind von mir und dem Kommunisten Miller, daß diese Spiegel im Haushaltsplan erscheinen, daß Sie hier die Gehälter und die Spesen bewilligen für vier Offiziere und fünfzehn Mann, die weiter nichts tun im Staate, als Unruhe stiften. Denn es ist auch Ihnen klar, daß, wenn nichts zu enthüllen ist, wenn so ein Spiegelsubjekt nichts erlauschen kann, er es erfindet, und daß diese Erfindungen von den Behörden, die diesen Subjekten vertrauen schenken, mit der gleichen Glaubwürdigkeit aufgenommen werden wie die echten Nachrichten. Ich will nicht ohne weiteres annehmen, daß Herr Wenhold

dafür verantwortlich sein will, daß diese Treibereien in der alten Weise weitergehen. Denn die ganzen Unruhen, alle Butschgefahren und Gerüchte entstammen nur solchen Spizelquellen. Den Schaden davon hat auf der einen Seite natürlich die Arbeiterschaft, die benachteiligt und verdächtigt wird, aber nicht minder Sie, die Herren Kaufleute, haben den Hauptschaden davon, denn diese Berichte gehen nach auswärts, ins Ausland, und dann erhalten Sie, ich weiß, daß es schon geschehen ist, von Ihren auswärtigen Geschäftsfreunden Briefe, daß sie nach Bremen nichts liefern, wenn solche unsicheren Zustände dort herrschen. Also hätten die Kreise, die hinter der Industrie und der Kaufmannschaft stehen, oder etwa die Kreise, die zur Weser-Zeitung stehen, das allergrößte Interesse daran, daß mit der Spizelei aufgeräumt wird, daß solche Schweinereien, wie sie Genosse Miller genannt hat, unterbunden werden in einem Staatswesen, das auf die geringste Anständigkeit noch Anspruch erhebt. Und aus diesem Grunde ist es äußerst bedauerlich, daß es Parteien gibt, die sich außerhalb dieses Anstandes stellen und es zu billigen scheinen, daß solche Organe in Bremen existieren und weiter Unheil stiften.

Der Antrag Faust wird mit der durch den Antrag Bußmann beantragten Ergänzung angenommen.

In die Kommission werden gewählt: Ludewig, Heuer, Faust, Meinert, Diez, Bußmann, Fricke, Garves und Meschtat. Herr Bußmann wird beauftragt, die Kommission einzuberufen.

Nr. XVIII der Tagesordnung:

**Antrag,  
wegen Ausfuhrgenehmigungsstelle und  
Aufhebung der Ausfuhrabgabe.**

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, sofort bei der zuständigen Reichsstelle die schleunige Errichtung einer Ausfuhrgenehmigungsstelle in Bremen, die sich der sachverständigen Beratung der bremischen Handelskammer bedient, zu beantragen, ferner die Aufhebung der das deutsche Exportgeschäft schwer schädigenden Ausfuhrabgabe zu fordern.

Kunoth (D.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Unser Wirtschaftsleben ist krank. Wir wissen alle, daß der Absatz im Inlande stockt. Wir müssen deshalb vermehrten Absatz ins Ausland schaffen. Da kam die Außenhandelskontrolle zu einer ganz verkehrten Zeit. Sie hätte Sinn gehabt, als die Baluta einen außerordentlich großen Tiefstand erreicht hatte und viele deutsche Waren außerordentlich billig ins Ausland gingen. Jetzt aber hindert die Außen-

handelskontrolle unsern notwendigen Absatz, denn alle Waren, auch die Fertigfabrikate, dürfen nicht nach dem Auslande geschafft werden. Ausgerechnet in dieser schweren Zeit wurde eine Ausfuhrabgabe von 1 bis 10 % des ausgeführten Wertes eingeführt. Diese Ausfuhrabgabe hat eine große Anzahl von Stellen veranlaßt, die in die Tausende gehen, und die Kosten für diese Stellen sind so hoch, daß die ganze Ausfuhrabgabe dadurch beansprucht wird. Meine Damen und Herren! Inzwischen haben viele deutsche Waren den Weltmarktpreis überschritten oder ihm sich so genähert, daß von einer Differenz, die erfaßt werden sollte, nichts mehr zu bemerken ist. Es ist also der Zweck der Kontrolle völlig überflüssig geworden. Unsere Waren sind für das Ausland in diesen Zeiten viel zu teuer. Dabei sind wir nach dem Friedensvertrage gezwungen, die deutsche Kohle zum billigeren Preise ohne Ausfuhrabgabe zu liefern. Diese Kohle kommt also unserer Konkurrenz im Auslande zufluten, indem sie uns mit den mit deutscher Kohle hergestellten Waren überflutet. Wir aber können dem entsprechend nichts in dieser Weise liefern, können keine genügende Konkurrenz machen. Meine Damen und Herren! Wir brauchen aber den aus einem guten Export entstehenden Gewinn, um damit das Ausland zu bezahlen, und um andererseits billige Rohstoffe hereinzuholen und damit die Arbeiter zu beschäftigen. Aber nicht nur die Abgabe und die Kosten der Außenhandelsstellen machen uns konkurrenzunfähig, sondern vor allem auch die ungeheuer große Verschleppung aller Ausfuhrgeschäfte durch die Kontrolle. Monate dauert es z. B. in Berlin, ehe die Genehmigung zur Ausfuhr erteilt wird, und unter diesen Umständen hat ganz besonders auch das bremische Geschäft und speziell das Expeditionsgeschäft schwer gelitten. Meine Damen und Herren! Köln und Nürnberg z. B. haben eigene Ausfuhrgenehmigungsstellen und sind dadurch natürlich in einem großen Vorteil gegenüber Bremen. Wir müssen verlangen, daß auch für Bremen, gerade für eine Handels- und Exportstadt eine solche Ausfuhrgenehmigungsstelle geschaffen wird, damit die Anmeldung der Waren schnell erledigt und die Entscheidung vielleicht in wenigen Tagen oder Stunden gegeben werden kann. Meine Damen und Herren! Die Form der Kontrolle wird unsere wirtschaftliche Lage immer mehr verschlechtern, und wir werden später immer mehr Geld für die von uns einzuführenden Waren, besonders aber auch für die Lebensmittel und die Gebrauchsgegenstände zu zahlen haben. Und die Ausfuhrabgabe wird bereits vom Auslande als verschleierte Zoll betrachtet. Schon sind im Auslande Stimmen laut geworden, daß man auf die Rohstoffe, die nach Deutschland eingeführt werden, auch von dort aus Zölle legen solle. Meine Damen und Herren! Die Regierung hat ganz entschieden mit dieser Ausfuhrhandelskontrolle einen Irrtum begangen, sie sollte ihn

offen eingestehen. Ich bitte Sie, stimmen Sie dem Antrage zu, Sie handeln damit im Interesse Bremens und der Arbeiterschaft.

Achelis (D.-Sp.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dem Antrage Runoth bitte ich zuzustimmen. Der Antrag zerfällt in zwei Teile; es wird darin einmal die Ausfuhrgenehmigungsstelle in Bremen und zweitens die Aufhebung der Ausfuhrabgabe verlangt. Die beide Gegenstände sind, wie Sie sich denken können, seit längerer Zeit Gegenstand lebhafter Bearbeitung im Kreise der Handelskammer wie auch im Kreise der daran meist interessierten Ausfuhrhandelsverbände gewesen. Auch die Frage der Außenhandelsstelle hat uns seit vielen Monate beschäftigt. In der Errichtung einer Außenhandelsstelle, wie sie in Berlin in die Tat umgesetzt ist, sind die kaufmännischen Kreise durch ihre Verbände sehr stark beteiligt gewesen. Wir haben diese Arbeit unternommen, weil es zur Zeit aussichtslos erschien, von der Außenhandelskontrolle frei zu kommen. An sich stehen wir ja auf dem Standpunkt, daß wir ohne eine Außenhandelskontrolle durchaus auskommen können, daß es vollständig genügen würde, wenn bestimmte Ausfuhrverbote erlassen würden für bestimmte, für die Volksernährung durchaus notwendige Waren, z. B. für Getreide. Notwendig ist, daß die Exportindustrie und der Exporthandel frei gestaltet werden, damit unsere ganze Handelsbilanz nach Möglichkeit allmählich wieder aktiv werden kann. Im Rahmen dieser Ansichten haben wir gearbeitet und hoffen, daß im Laufe der Zeit und zwar möglichst bald die Ausfuhrkontrolle ganz wegfällt wird. Gewiß wird man einwenden, daß dann vielleicht der Zustand eintreten wird, daß in Deutschland deutsche Waren teuer bezahlt werden müssen, die das Ausland billiger bekommt, daß dann vielleicht das sogenannte Dumpingssystem wieder eingeführt würde. Darauf heute einzugehen, würde zu weit führen, und es ist auch kaum Sache der Arbeiterschaft. In dieser Sache ist gerade in den letzten Tagen wieder verhandelt worden im Berliner Reichswirtschaftsausschuß. Es sind da Anträge gestellt worden von den Vertretern des Handels, die leider keine Annahme gefunden haben. In der Frage der Außenhandelsstelle ist nun in Berlin eine solche Stelle errichtet worden, und zwar auf paritätischer Grundlage durch Vertretung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Diese Stelle besteht aus 24 Mitgliedern und 24 Stellvertretern, und zwar aus Vertretern des Handels, der Industrie und der Verbraucher unter Beteiligung der organisierten Arbeiter. Jedenfalls ist festgelegt, daß auch die Arbeitnehmer zu ihrem vollen Rechte kommen. Als Leitungsbevollmächtigte sind die Leiter der beiden bedeutenden Verbände des Ein- und Ausfuhrverbandes und des Zentralverbandes des Großhandels gewonnen worden, und diese Herren stellen sich dem Handel gegenüber so, daß sie bestrebt sein werden, alles zu

tun, um die Klagen des Handels, die durchaus berechtigt sind, abzustellen. Die Herren haben mir persönlich versichert, daß sie der Ueberzeugung seien, daß, wenn diese Stelle in Wirksamkeit träte, die Ausfuhranträge, die vom Handel gestellt werden, in aller kürzester Zeit erledigt werden können. Die Ausfuhrhandelsstelle hat sich in Verbindung gesetzt mit den sachlichen Außenhandelsstellen und ein Einvernehmen mit ihnen erzielt in vielen Artikeln, so daß die Außenhandelsstelle in der Lage ist, selbständig einlaufende Anträge sofort zu erledigen, was namentlich wesentlich ist bei den sogenannten Sammelanträgen usw. Wir haben also gesehen, daß das, was wir bisher gearbeitet haben, einigermaßen günstig gewirkt hat, und daß die unendlichen Klagen, die laut geworden sind über Zurückstellung von Anträgen, hoffentlich verschwinden. Aber, meine Damen und Herren, damit ist unser Hauptwunsch noch nicht erreicht. Der geht dahin, was Herr Runoth ja auch beantragt: die Errichtung einer Nebenstelle in Bremen, daß auch hier eine Stelle errichtet wird, die unter sachverständiger Leitung alle möglichen Ausfuhranträge sofort erledigt. Ob das schon heute zu erreichen ist, weiß ich nicht, aber eine Unterstützung dieser Ansicht kann durchaus geschehen. Zu bedenken ist allerdings, daß, wenn von Bremen dieser Antrag gestellt werden sollte, zugleich von Hamburg aus ein solcher Antrag gestellt werden würde und ebenso von den andern deutschen Exporthandelsstellen in Elberfeld, Nürnberg usw. Es muß aber doch diesem Antrage zugestimmt werden, denn wir sehen in einer möglichsten Dezentralisierung „los von Berlin“ einen Vorteil für den Handel, wodurch seine Beweglichkeit in weitem Maße gefördert wird. Die jetzige Unbeweglichkeit ist ein Grund dafür, daß der Export so lahm liegt, daß vom Auslande eine große Anzahl von Aufträgen zurückgezogen wird, weil sie nicht rechtzeitig ausgeführt werden konnten, weil keine Fracht-Engagements mehr gemacht werden und keine Valutadeckungen vorgenommen werden konnten. Ich möchte Sie also bitten, diesem Antrage Runoth zuzustimmen. Was die Aufhebung der Ausfuhrabgabe betrifft, so ist das auch mindestens eine strittige Frage, über die sehr viel geredet worden ist. Die Ausfuhrabgabe wäre ohne Zweifel erträglich gewesen im Jahre 1918/19, zu der Zeit, als unsere Valuta so schlecht stand, daß sie die Ausfuhr deutscher Artikel in weitestem Maße ermöglichte. Es soll zugegeben werden, daß seinerzeit eine Menge deutscher Waren bei diesem Ausverkauf Deutschlands viel zu billig fortgegeben wurden, und daß ursprünglich die Abgabe auf diese Valutagewinne zugeschnitten war. Zu dieser Zeit wurde in den Kreisen des Exporthandels besonders in Bremen dem Plane einer Exportabgabe durchaus zugestimmt, man hatte sich an den Gedanken durchaus gewöhnt und hielt sie für möglich. Aber die Erwägungen gingen dann weiter, und man sagte sich, daß ein Augenblick eintreten könnte, wo diese Abgabe ihren

Zweck nicht mehr erfüllt, und daß sie dann direkt schädlich sein würde. Dieser Zeitpunkt ist viel rascher eingetreten, als man damals geahnt hatte. Als im Frühling die relative Valutabesserung eintrat und die Arbeitslöhne sich den Weltarbeitslöhnen näherten, als wir gezwungen waren, die Rohstoffe zu den Weltmarktpreisen zu kaufen, da begann die Ausfuhrabgabe lähmend zu wirken, und wenn der Export damals noch nicht ganz totgeschlagen war, so hat doch diese Abgabe mit dazu beigetragen, den Export zu hindern. Jetzt gibt es keine Valutagewinne mehr, sondern nur noch Valutaverluste. Ich möchte also bitten, auch diesen Teil des Antrages Kunothe anzunehmen. Meine Damen und Herren! Es mag vielleicht eigentümlich erscheinen, daß dieser Antrag nicht aus den Kreisen des Handels direkt gestellt worden ist, da er doch eigentlich Sache der kaufmännischen Vertreter hier gewesen wäre. Wenn das nicht geschehen ist, so im ersten Falle nicht, weil wir seit Monaten beschäftigt waren, mit den maßgebenden Stellen in Berlin die Sache zu einem für uns einigermaßen erträglichen Ende zu bringen. Jetzt, nachdem dieses Ziel erreicht ist, wie wir es fördern konnten, ist die Situation anders, und wenn heute ein Antrag des bremischen Parlaments an die Reichsregierung kommt, auch für Bremen eine Nebenstelle zu schaffen, so können wir von kaufmännischer Seite aus diesem durchaus zustimmen. Was den zweiten Antrag betrifft, so ist der Grund, warum nicht wir den Antrag auf Beseitigung der Ausfuhrabgabe gestellt haben, der, daß nicht der Eindruck erweckt werden sollte, als ob hier ein einseitiges, gewinnjüchtiges Handelsinteresse bestehe. Einen derartigen Eindruck hat die Kaufmannschaft durchaus vermeiden wollen. Ich freue mich aber, daß Herr Kunothe und viele Kreise mit ihm diese Ansicht nicht teilen. Es freut mich, daß hier eingesehen wird, daß diese Abgaben allgemein volkswirtschaftlich schädigend wirken, und deshalb bitte ich Sie im Namen von Handel und Industrie, beide Teile des Antrages zu unterstützen.

Kaiser (M.-S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich kann für meine Fraktion erklären, daß wir dem ersten Teil des Antrages zustimmen werden. Bei dem zweiten Teil haben wir aber erhebliche Bedenken, weil es nach unserer Ansicht nicht geht, so ohne weiteres die Aufhebung dieser Abgaben zu fordern. Wir müssen uns doch darüber klar sein, daß in dem gegenwärtigen Augenblick, wo der 10%ige Steuerabzug durchgeführt wird, die Aufhebung der Exportabgaben so wirken würde, als ob wir eine Liebesgabe für den Export schaffen wollten. Diese Ausfuhrabgabe ist ein Mittel zur Korrektur der Valutagewinne. Wenn Sie heute daran gehen, dieses Mittel zu beseitigen, dann lehnen die Valutagewinne wieder, und eine kleine Schicht bereichert sich auf Kosten der Gesamtheit. Wir wissen recht gut, daß alles

getan werden muß, um die Exportmöglichkeit zu heben. Wir wissen auch, daß einige Industriezweige sehr schwer unter den Exportschwierigkeiten zu leiden haben.

Präsident: Ich bitte Sie, sich kurz zu fassen.

Kaiser: Diese Industrien haben die Möglichkeit, ihre Schwierigkeiten beim Reichswirtschaftsrat nachzuweisen. Es sind Vorschriften erlassen, die es ermöglichen, daß die Abgaben ermäßigt oder erlassen werden. (Zuruf von rechts: Nach drei Monaten Freifahrt!) Ich habe heute (nach rechts) in der Weser-Zeitung gelesen, daß wegen der Ausfuhrabgabe im Reichswirtschaftsrat große Verhandlungen gewesen sind mit dem Ergebnis, daß gegen einige Stimmen eine Streichung dieser Abgaben abgelehnt wurde. Gegen eine Neuordnung wäre nichts einzuwenden. Für den ersten Teil des Antrages werden wir also stimmen, den zweiten Teil lehnen wir ab.

Faust (U. S.): Auch wir machen diesen Unterschied. Dem ersten Teil können wir zustimmen, weil wir Interesse daran haben, daß Arbeitsmöglichkeiten geschaffen werden. Die Annahme des zweiten Teils würde die Anarchie im Wirtschaftsleben noch verstärken. Es war interessant, zu verfolgen, mit welcher großer Vorsicht Herr Achelis den Antrag behandelte, um das Obium dieses Antrages gegebenenfalls Herrn Kunothe zuschieben zu können. Er hatte das Empfinden, daß das Vorgehen Kunothe irgendwie schädigend wirken könnte. Die Gewinne der Exportindustrie infolge der schlechten Valuta sind so außerordentlich hoch, daß noch niemals eine Wirtschaftskonjunktur für sie so günstig war wie in diesem Revolutionsjahr. Das beweisen die Abschlüsse aller Industrieunternehmen und Exportfirmen. Entgegen diesen Gewinnen muß auch betont werden, daß nirgends die Arbeitslöhne so niedrig waren wie in Deutschland während der wirtschaftlichen Hochkonjunktur. Es ging so weit, daß die Auslandsindustrie dagegen protestierte, daß die deutsche Arbeiterschaft so billig arbeite. Aufträge sind nach Deutschland gegeben worden, weil die deutsche Industrie in der Lage war, jede Auslandskonkurrenz zufolge der niedrigen Arbeitslöhne zu schlagen. Das hat zur Folge gehabt den Ausverkauf Deutschlands beim Tiefstand der Valuta. Es ist höchst auffällig, daß man aus Kaufmannskreisen dauernd rief: Arbeitet, arbeitet, daß die Valuta steigt, nun aber ruft: Arbeitet, arbeitet, damit die Valuta fällt.

Präsident: Ich mache darauf aufmerksam, Herr Faust, daß noch ein Antrag zur Verhandlung steht.

Faust: Es muß festgestellt werden gegenüber den Ausführungen Kunothe und Achelis, die stets betonen, daß die Industrie unter der wirtschaftlichen Depression so außerordentlich leidet, während doch immer nur die

Arbeiterchaft, die ausgebeutet wurde, unter dem tiefsten ebenso wie unter dem höchsten Stand der Valuta leidet. Der höhere Valutastand hat wirtschaftliche Krisen zur Folge gehabt, wie z. B. jetzt in den Hansa-Lloyd-Werken. Die tiefere Ursache ist aber die, daß die ganze deutsche Wirtschaft eingestellt war auf die Profitwirtschaft, auf die Luxusindustrie, bei der ja am meisten verdient wurde. Es sind verzweifelte Zustände, wenn man z. B. lesen muß, daß — — —

Präsident: Ich weise darauf hin, daß nur noch 61 Mitglieder anwesend sind, daß das Haus bei dem folgenden Antrag voraussichtlich beschlußunfähig sein wird.

Faust: — — — daß die Luxusindustrie wie auch die Schuhwarenindustrie derart übersättigt sind mit Waren, daß ungeheure Millionen von Paaren von Schuhen lagern müssen, da man nicht in der Lage ist, infolge der Besserung der Valuta, diese Schuhe auszuführen, weil das Ausland nun beim teureren deutschen Gelde kein Interesse mehr daran hat, die von den deutschen Arbeitern so billig hergestellten Waren zu einem erhöhten Preis zu kaufen; sondern es stellt die Waren jetzt selber her. Es ist auch eine Rückwirkung dessen, daß die deutsche Industrie schlechte Waren fertigt, die das Ausland jetzt erkennt und nicht mehr kauft. Die Läger in Deutschland sind überfüllt, das Ausland zieht ungeheure Aufträge zurück, so z. B. ist die Nürnberger Spielwarenindustrie lahmgelegt, weil die Auslandsaufträge bis zu 75% zurückgezogen sind. Die Arbeiter werden entlassen und auf die Straße geschmissen, ohne daß sich ein Minister, wie wir es jetzt in Spaa erleben, darum kümmert. Sind aber 20000 Offiziere überflüssig, so drohen sie, Weltaktionen zu entfesseln; werden hingegen hunderttausende von Arbeitern arbeitslos, so rührt sich kein Finger! Wir haben Industrieerzeugnisse im Land, die Arbeiterchaft, die Beamtenchaft und der Mittelstand sind aber nicht in der Lage, sie zu kaufen. Die Kaufkraft der Arbeiterchaft und des ganzen Mittelstandes ist ungeheuer gesunken. Das will ich nur durch zwei Zahlen zum Ausdruck bringen: Im vorvorigen Jahr wurden 3 Milliarden bei den deutschen Sparkassen mehr eingezahlt als abgeholt, und ein Jahr später 900 Millionen mehr abgehoben als eingezahlt! Das beweist die vollständige Verpowerung der Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenchaft, die nicht mehr in der Lage ist, deutsche Fabrikate zu kaufen. Nun will man durch Aufhebung der Ausfuhrklausel erzwingen, daß Waren, die der deutsche Konsument zu einem billigeren Preise haben müßte, wieder nach dem Ausland gehen. Die treibende Kraft ist auch hier ausschließlich der Profit. Das beweist schlagend, wie richtig der Gedanke der sozialistischen Planwirtschaft gegenüber der kapitalistischen Profitwirtschaft ist, die uns weitertreibt bis zur Katastrophe. Der Arbeiter erkennt durch diese Ereignisse,

daß der Gegensatz zwischen Arbeiter und Kapitalist ein ungeheurer geworden ist; und wenn die Entente uns Abgaben auferlegt, so wird die Folge sein, daß auch im Ausland die gleiche Krise ausbricht. Die Arbeiterchaft erkennt, daß es nur zwei getrennte Lager gibt, auf der einen Seite kapitalistische Anarchie, auf der anderen Seite Aufbau im Sinne des Sozialismus. Und so bedauerlich auch die jetzige Wirtschaftskrise ist, der Gewinn wird der sein, daß die Köpfe der Massen darüber aufgeklärt werden, daß wir nur durch eine gesunde Bedarfswirtschaft wieder hochkommen können.

Präsident: Es ist Schluß der Debatte beantragt. Zum Worte angeschrieben ist Herr Achelis. Wird der Antrag auf Schluß unterstützt?

Der Schlußantrag wird abgelehnt.

Achelis (D. B.): Ich muß auf die Planwirtschaft noch einmal zurückkommen und stelle fest, daß die Planwirtschaft uns schon großen Schaden zugefügt hat. Wenn Herr Faust behauptet, daß wir nur in vorsichtiger Weise die Anträge des Herrn Kunoth unterstützt haben, ist mir das nicht verständlich. Ich habe die Gründe, weshalb die Anträge nicht von kaufmännischer Seite gestellt sind, klar und deutlich gesagt. Wir haben an diesen Wünschen in Berlin seit vielen Monaten seitens der Handelskammer und der Verbände gearbeitet und glaubten nicht, daß es noch eines äußerlichen Druckes bedürfen würde. Was die Ausfuhrabgabe betrifft, habe ich auch dafür meine Gründe angegeben. Ich wollte nicht den Anschein erwecken, als ob hier der Handel wieder eine Extrawurst für sich gebraten haben wollte, sondern nur hervorheben, daß die Allgemeinheit unter einer derartigen Abgabe für die Dauer leiden muß, weil die Exportindustrie dadurch leidet, und damit nicht zum mindestens auch die Arbeiterchaft. Ich würde bedauern, wenn gerade von Bremen aus eine Ablehnung dieses Antrages erfolgen würde. Wenn von Herrn Faust ausgeführt ist, daß der Handel danach strebe, die Valuta wieder zu verschlechtern, ist das eine irriige Anschauung. Wir haben das größte Interesse, daß die Valuta sich verbessert, aber nur langsam, und diese langsame Verbesserung wird ohne Zweifel kommen, wenn es vielleicht auch möglich ist, daß Ereignisse eintreten, die zeitweise wieder zu einer Verschlechterung führen; es kann aber auch kommen, daß eine Verbesserung unserer Lebensverhältnisse eintritt. Es ist aber nicht zum wenigsten die Schuld der Zwangswirtschaft gewesen, daß die Krise in die Industrie eingezogen ist. Es ist z. B. gesagt worden, daß für hunderttausende von Schuhen, die auf Lager gelegen haben, eine Ausfuhrbewilligung vergeblich nachgesucht worden ist, während die Schuhindustrie der Wirtschaftsstelle mitgeteilt hat, daß sie in der Lage ist, auf

Grund der billigeren Häutepreise billigere Schuhwaren zu liefern, wenn ihr gestattet wäre, auszuführen. Das hat aber letzten Endes mit der Ausfuhrabgabe nichts zu tun. Ich kann nur wiederholen, daß die Ausfuhrabgabe eine große Belastung und Verzögerung des Handels ist. Gerade in der Verzögerung liegt der springende Punkt, weshalb wir für den Antrag eintreten. Die Ausfuhrabgabe muß immer bei Annahme von Aufträgen in Rechnung gestellt werden, und wenn die Ware dadurch zu teuer ist, fällt die Einnahme weg, und die Exportindustrie muß aufhören zu existieren! Die Ausfuhrabgabe muß fallen!

Ulrich (D. V.): Meine Damen und Herren! Nur zwei Worte. Ich würde es für sehr bedenklich auch im Interesse der Herren von der Linken halten, wenn sie dem zweiten Teil des Antrages widersprechen wollen. Ich glaube, die Herren Kaiser und Faust können es vor sich selbst und den von ihnen vertretenen Kreisen nicht verantworten, den Antrag abzulehnen. Wenn die Herren hinweisen auf den Reichswirtschaftsrat, trifft das nicht den Kern der Sache. Dem Reichswirtschaftsrat sind aus allen möglichen Zweigen des Wirtschaftslebens die Vertreter zugeteilt. Es gibt wohl einzelne Sachen, wie z. B. Kohle und Kali, die eine Exportabgabe vertragen können. In Bremen liegt die Sache so, daß unsere Exportindustrie und besonders der Exporthandel totgemacht werden, wenn die Sache so bestehen bleibt. Das sollten die Herren bedenken.

Kunoth (Dem.) (Schlußwort): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich wollte nur einige Worte auf Herrn Faust erwidern, vor allen Dingen ihn darauf aufmerksam machen, daß seit März sich die Eingänge bei den Sparkassen ganz bedeutend wieder gehoben haben. Ich möchte ihn ferner darauf hinweisen, daß z. B. von Südamerika aus, wie aus einem Bericht von dort seitens einer Kammer hervorgeht, die Geschäftsleute sich stark um die deutschen Waren bewerben, daß sie versuchen, wenn sie die Waren nicht bekommen können, sie auf einem Umwege, z. B. über Nordamerika, zu bekommen. Sie wollen gerade diese Waren haben, weil sie wegen ihrer Güte bekannt sind. Es ist mir bei der kurzen Zeit nicht möglich, auf alle Äußerungen des Herrn Faust einzugehen, ich wollte nur betonen, daß sich die Sache gegen früher wesentlich geändert hat. Zur Zeit des größten Tiefstandes der Baluta war es angebracht, eine solche Kontrolle wie heute und eine Ausfuhrabgabe einzuführen. Damals sind viele Waren verschleudert worden. Jetzt liegt es umgekehrt. Wir haben die Weltmarktpreise längst erreicht und überschritten. Wir schädigen also nicht nur die Industrie, sondern auch die Arbeiter, die zu vertreten Sie (nach links) angeben. Die schädigen wir am schwersten, wenn wir die Ausfuhrabgabe bei-

halten, und Bremen leidet am meisten, wenn wir durch die Ausfuhrabgabe die Beschränkung des Handels unterstützen. Es fällt also, meine Herren von links, die Ablehnung dieses Antrages auf Sie. Wir werden Sie später daran erinnern.

Der erste Teil des Antrages Kunoth wird angenommen, der zweite Teil wird abgelehnt.

Präsident: Dann liegt der  
**Antrag des Herrn Dogler**

vor.

Die Bürgerchaft ersucht den Senat um einen schleunigen Bericht, ob die durch das Wucheramt beschlagnahmten Lebensmittel an die Bevölkerung gelangt sind.

Allerheiligen (D.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich wollte nur sagen, daß in den Zeitungen wiederholt mitgeteilt worden ist, daß das Wucheramt große Mengen von Lebensmitteln beschlagnahmt hat, aber nie wird bekanntgegeben, wo diese Waren geblieben sind. Ich glaube, es liegt im Interesse der Polizei und der Bevölkerung, zu berichten, wo diese Waren geblieben sind, da die große Meinung in der Bevölkerung besteht, daß diese Waren unter den Polizeibeamten verteilt sind.

Faust (U. S.): Ich will erklären, daß wir den Ausführungen des Herrn Allerheiligen zustimmen und hinzufügen, daß es auf Anregung der „Arbeiter-Zeitung“ überhaupt erst möglich war, das Wucheramt zu einer Äußerung zu veranlassen, daß es Waren beschlagnahmt hat. Dann möchte ich noch ausführen, daß, wenn solche Kritik geübt wird, daß wir das vorausgesehen haben. Hätten Sie unseren Antrag damals angenommen, den Dr. Künzler mit außerordentlicher Hartnäckigkeit gegen alle vertreten hat, so wären diese Mißstände nicht eingetreten. Sie haben das Wucheramt einer Behörde selbst anvertraut und die Aufsicht über diese Behörde einer Behörde anvertraut. Wir wollten die Aufsicht einer Kommission des Parlaments übertragen. Jetzt haben Sie den Beweis, daß unser Antrag richtig war. Damals hatten Sie es nicht eingesehen, jetzt sehen Sie es ein.

Der Antrag Dogler wird angenommen.

Präsident: Nun liegt noch der

**Dringlichkeitsantrag des Herrn Volke**  
vor.

Die Bürgerchaft fordert den Senat auf, die Ausführung des Beschlusses der Nationalversammlung vom 1. Juni über Aufhebung des

Eintrittsgeldes für die Freibadeanstalten unter Erlass einer entsprechenden Bekanntmachung sofort zu veranlassen.

Dazu liegt folgender Bericht vor. Ich muß leider den Bericht verlesen, er ist drei Seiten lang. (Widerspruch bei den Parteien.) Die Polizei wünscht die Abgabe beizubehalten, deswegen müssen Sie den Bericht kennen, oder wir müssen die Sache am nächsten Freitag verhandeln. Was wünschen Sie?

Wenhold (D.): Ich kenne den Bericht nicht, ich nehme aber an, daß, wenn er verlesen wird, nicht ohne weiteres die Stellungnahme gegeben ist. Es müßte doch eine Prüfung möglich gemacht werden.

Bolge (U. S.): Ich spreche mich dagegen aus, daß der Antrag noch weiter verschoben wird.

Präsident: Sie laufen Gefahr, denn wenn nur noch ein Herr weggeht, dann ist das Haus beschlußunfähig.

Wenhold (D.): Ich möchte gegenüber Herrn Bolge feststellen, daß wir an sich bereit wären, zu verhandeln, daß aber, da eine Äußerung einer Behörde vorliegt, uns die sachliche Möglichkeit gegeben wird, jetzt nicht in Verhandlungen einzutreten, ohne die Äußerungen prüfen zu können.

Starker (U. S.): Wer mit dem Antrage einverstanden ist, wird den Anstand besitzen und hier bleiben. Wer nicht einverstanden ist, geht hinaus.

Präsident: Herr Starker, ich muß Sie bitten, solche Äußerungen nicht zu gebrauchen, daß, wer nicht hier bleibt, nicht anständig ist. Sie wissen ja nicht, aus welchen Gründen die Herren hinausgehen. Ich muß dann die Erklärung verlesen.

Wenhold (D.): Ich muß erklären, daß wir auch nach der Verlesung der Erklärung nicht in die Verhandlung eintreten.

Präsident: Dann hat es keinen Zweck.

Dr. Künkler (U. S.): Ist das nach der Geschäftsordnung zulässig?

Präsident: Ja.

Dr. Künkler (U. S.): Rein, Herr Präsident. Ich bedaure, Ihnen widersprechen zu müssen. Die Versammlung hat die Dringlichkeit beschlossen, damit ist der Antrag Gegenstand der Tagesordnung geworden.

Präsident: Verzeihung! Nach der neuen Verfassung hat der Präsident das Recht der Schließung

der Sitzung. Ich kann die Sitzung schließen, wenn ich es für richtig halte.

Dr. Künkler (U. S.): Dann würden Sie der Verfassung eine Auslegung geben, wie sie nicht möglich ist. Es steht in der Verfassung, der Präsident eröffnet und schließt die Sitzung. Das ist der äußere Geschäftsgang. Aber welche Gegenstände verhandelt werden und welche nicht, ist Sache der Geschäftsordnung, und die Geschäftsordnung bestimmt, daß Gegenstände von der Tagesordnung nur abgesetzt werden können, wenn die Versammlung einverstanden ist.

Wenhold (D.): Ich möchte mich Herrn Dr. Künkler durchaus anschließen. Es ist lediglich eine äußere Formalität gewesen. Im übrigen kann ich nur erklären, daß ich, um geschäftsordnungsmäßig richtig zu verfahren, selbstverständlich nicht dagegen Einspruch erheben kann, daß dieser Gegenstand verhandelt wird. Ich möchte nur die Bürgerschaft vor der Verlesung des Berichts bewahren, weil in dem Augenblick danach die Beschlußfähigkeit des Hauses angezweifelt werden würde, weil wir eben in eine sachliche Behandlung nicht eintreten wollen, bevor wir die Möglichkeit gehabt haben, die Darlegungen der Behörde genau zu prüfen.

Dr. Künkler (U. S.): Dann habe ich also Herrn Wenhold so verstanden, daß er die Beschlußfähigkeit anzweifeln will? (Wenhold: Jawohl!) Die Verantwortung, Herr Wenhold, daß dieser Antrag, der im Interesse der armen Bevölkerung insbesondere gestellt worden ist, um acht Tage und gerade in dieser heißen Sommerzeit hinausgeschoben wird, fällt auf Sie!

Wenhold (D.): Es handelt sich aber doch gar nicht speziell um diesen Antrag, sondern darum, daß wir die Verhandlung über Gegenstände, die wir nicht haben prüfen können, ohne Rücksicht darauf, ob es sich um Freibadeanstalten handelt, so lange zurückstellen. Es ist Pflicht der Volksvertreter, die Darlegungen sachlich zu prüfen.

Dr. Künkler (U. S.): Ich muß diesen Ausführungen gegenüber selbstverständlich auch für uns beanspruchen, daß wir Erklärungen der Behörden genau prüfen. Es handelt sich lediglich darum, ob wir es heute oder in der nächsten Sitzung tun. Wenn uns der vollständige Bericht der Polizeidirektion vorgelegt wird, dann sind die Demokraten ebenso wie wir verpflichtet, dazu Stellung zu nehmen.

Präsident: Unter den gegenwärtigen Verhältnissen nehme ich also an, daß Herr Dr. Künkler einverstanden ist, daß wir den Gegenstand in nächster Sitzung verhandeln.

Es liegt folgende Anfrage von Herrn Professor Dr. Diez vor:

Die Bürgerschaft ersucht den Senat um eine Auskunft darüber, was er veranlaßt hat, daß denjenigen Beamten, deren Monatsgehalt im Juli infolge des Abzugs des ersten gewährten Vorschusses so gering wird, daß sie damit ihren Lebensunterhalt nicht bestreiten können, geholfen wird?

Schriftliche Antwort genügt.

Es ist folgendes Schreiben von Herrn Waigand eingegangen:

Teile Ihnen hierdurch mit, daß ich infolge meiner Tätigkeit als Reichstagsabgeordneter nicht mehr die genügende Zeit für die Ausübung meines Mandats zur Bremischen Bürgerschaft habe und dasselbe hiermit niederlege.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, ich spreche wohl in Ihrer aller Namen, wenn ich von dieser Stelle aus Herrn Waigand für seine bisherige Tätigkeit früher in der alten Bürgerschaft, in der Nationalversammlung und jetzt auch in der neuen Bürgerschaft unsern Dank ausspreche. Er hat sich

stets und ständig als ein bewährter Führer seiner Partei gezeigt, und seine Ausführungen haben stets das Ohr dieser Versammlung gehabt. — Ich schließe die Sitzung.

Dr. Künkler (U. S.): Es stehen doch noch Gegenstände auf der Tagesordnung, z. B. das Gesetz über die Beamtenauschüsse.

Präsident: Es ist nichts darüber mitgeteilt!

Dr. Künkler: Gewiß; deshalb möchte ich bitten, diese Gegenstände auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen.

Präsident: Sobald ich die Mitteilung der Justizkommission habe — — —

Dr. Künkler: Die wird am Montag oder Dienstag eingehen. Ich nehme als selbstverständlich an, daß die Justizkommission diesen Bericht bis zur nächsten Sitzung erstatten wird.

Schluß 8 Uhr 50 Minuten.